

Ex-Minister wäre am Mittwoch dran gewesen

## Neuer Termin für Befragung Löggers steht noch nicht fest

Der Auftritt von Ex-Finanzminister Lögger war am Mittwoch der langen Dauer der Befragungen von Kanzler Kurz und Öbag-Chef Schmid zum Opfer gefallen. Einen Ersatztermin gibt es noch nicht. SPÖ und Neos müssen sich erst auf einen solchen einigen. Eine Frist dafür gibt es nicht **H**

Foto: iStock



Nächster Schritt der Lockerungsmaßnahmen

## Auch Prostituierte dürfen ab dem 1. Juli wieder arbeiten

Ab kommenden Mittwoch ist Prostitution in Österreich wieder erlaubt, Bordelle und Laufhäuser dürfen wieder betreten werden. Begrüßt wird dieser Schritt von der Beratungsstelle für Sexarbeiter, „Sophie“. Einige Frauen hätten auch bereits wieder Termine mit Kunden ausgemacht **H**



Gernot Blümel kam mit Vertrauensmann, dem Rechtsanwalt Martin Huemer

Strafe wegen illegaler Parteispende an FP

# Straches Facebook kostet FP 276.841 €

Erfolg kostet. Am Höhepunkt hatte Heinz-Christian Strache über 800.000 Follower – und der FP-Parlamentsklub im ersten Halbjahr 2017 exakt 276.841 Euro in den Facebook-Auftritt des damaligen Parteichefs gebuttert. Gesetzeswidrig, wie der Rechnungshof angezeigt hat. Der Unabhängige Parteien-Transparenz-Senat (UPTS) verdonnerte die Blauen deshalb jetzt zu 295.000 € Strafe.

Die FPÖ wurde wegen verbotener Querfinanzierung der Parteiarbeit durch Parlamentsklub und Parteiakademie verurteilt. Klub und Akademie erhalten staatliches Fördergeld, das nicht an die Par-

tei weitergegeben werden darf. Trotzdem betrieb der FP-Klub bis 1. August 2017 die Facebook-Seite von Strache, was der Rechnungshof als illegale Parteispende an die FPÖ angezeigt hat.

Für die Strafbemessung schätzte der UPTS den Wert der Facebook-Seite von Strache mit damals 700.000 Fans. Der Senat errechnete, dass der FP-Klub 276.841 Euro investiert haben musste, um so viele Facebook-Follower zu gewinnen.

Auch die SPÖ fasste 64.000 Euro aus. Das Land OÖ hatte der SPÖ-Jugend günstige Grundstücke am Attersee gespendet. Beide Parteien können gegen die Strafen noch Einspruch erheben **H**



Heinz-Christian Strache

Foto: Helmut Graf

## Studie: Untätigkeit bei Klimaschutz kostet uns 15 Milliarden pro Jahr

Österreich entgehen durch mangelndes Handeln im Klimaschutz jährlich 15 Mrd. Euro. Das ist das Ergebnis einer Studie des Wegener Centers der Uni Graz, die Klimaschutzministerin Gewessler gestern präsentierte.

Laut Autoren kosten alleine mangelnde Innovation und fossile Importe acht Milliarden. Dazu kommen umweltschädliche Förderungen (4 Mrd.), wetter- und

klimabedingte Schäden (2 Mrd.) und die Anpassung an den Klimawandel (1 Mrd.). Düstere Prognose: Wird weiter zu wenig getan, erhöhen sich die Kosten bis 2050 auf 20 Milliarden.

Gewessler sieht die Studie als „klaren Auftrag auf dem Weg zu Klimaneutralität 2040“ **H**



Foto: iStock

## SALZBURG

**Polizeibeamter  
angeschossen**

Angreifer hatte ihm die Dienstwaffe entrissen.

Ein Schusswechsel in Salzburg-Stadt endete mit zwei Schwerverletzten. Demnach hat ein 36-jähriger Österreicher, der zuvor seine Familie bedroht hatte, einem einschreitenden Polizisten im Verlauf einer körperlichen Auseinandersetzung dessen Dienstwaffe entrissen und auf ihn im Garten des Einfamilienhauses geschossen. Der Beamte wurde schwer am Arm verletzt. Anschließend gab der sichernde Polizist einen Schuss auf den 36-Jährigen ab. Der schwer verletzte Tatverdächtige wurde nach dem Schusswechsel im Salzburger Landeskrankenhaus operiert.

Familienmitglieder hatten Donnerstagfrüh die Polizei alarmiert, weil der Mann besonders aggressiv sei, durchdrehe und seine Familie bedrohe. Daraufhin fuhr eine Polizeistreife zum Einfamilienhaus nach Leopoldskron. „Die Ermittlungen gehen in alle Richtungen. Es kann sich um einen Streit im Vorfeld handeln“, um eine „medizinische Indisponierung des Tatverdächtigen oder um eine psychische Erkrankung“, hielt Polizeisprecher Hans Wolfgruber fest. Ermittlungen zum Tathergang laufen.

## LINZ

**Auf falscher Spur**

Ein Sattelzug musste im Bezirk Steyr-Land vier Stunden lang geborgen werden. Sein Fahrer sollte eine Lieferung zu einem Unternehmen zwischen Weyer und Großraming bringen. Das Navigationsgerät lotste ihn über den Ennstalradweg, wo er in einer Kurve abkam und der Wagen umzustürzen drohte.

# Gutes Zeugnis für



Wird die Phase des Heimunterrichts nachhaltig etwas verändern? FOTOLIA

Laut neuer Umfrage der Elternvereine klappte das corona-bedingte Lernen zu Hause besser als zunächst vermutet.

Über Wochen ging corona-bedingt nichts mehr an Österreichs Schulen. Wie kamen Schüler an NMS (Neue Mittelschule), AHS (allgemein bildende höhere Schule) und BHS (berufsbildende höhere Schule) im „Homeschooling“ zurecht und wie gingen ihre Familien mit der Situation um?

Eine Umfrage des Dachverbandes der Elternvereine liefert ein doch recht überraschendes Ergebnis: Die Hälfte der Famili-

## Panorama

Aktuelle Meldungen aus Österreich

## WIEN

**Milliardenkosten**

15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz – so die „Coin-Studie“ des Wegener Centers der Uni Graz. Autor und Klimaökonom Karl Steininger sieht Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher.

## WIEN

**Polizei-Großeinsatz**

Eine Kundgebung von Kurden in Wien-Favoriten gegen Gewalt an Frauen wurde von Türken gestört. Polizeibeamte berichteten von einer „aufgeheizten und aggressiven Stimmung“. Es kam zu Tumulten, die Exekutive schritt daraufhin mit einem Großaufgebot ein. Mehrere Anzeigen waren die Folge.

## WIEN

**Prostitution erlaubt**

Mit 1. Juli ist in Österreich Prostitution wieder erlaubt. Jener Paragraf der geltenden „COVID-19-Lockerungsverordnung“, der das Betreten von Bordellen und Laufhäusern verbietet, entfällt mit Ablauf des 30. Juni 2020. Hygiene- und Schutzempfehlungen werden noch erarbeitet, so das Gesundheitsministerium.

## ÖSTERREICH

**Bis zu 32 Grad am Wochenende**

Am Wochenende ist in Österreich unbeständiges Sommerwetter mit Temperaturen von bis zu 32 Grad zu erwarten. Samstagfrüh sollten sich die letzten Wolkenreste lichten und sich im ganzen Land sehr sonniges Wetter durchsetzen. Ausgehend vom Bergland kommt es zur Quellwolkenbildung – und in der Folge werden hier Regenschauer und Gewitter ausgelöst. Das Gewitterpotenzial ist hoch und die Luft sehr energiereich. Einzelne Gewitterzellen können heftig werden. APA



## LINZ

**Fünf Monate bedingt**

Ein Berufssoldat, der unabsichtlich einen Bekannten angeschossen hat, ist in Linz (nicht rechtskräftig) zu einer unbedingten Geldstrafe von 2400 Euro und fünf Monaten bedingter Haft verurteilt worden. Der 26-Jährige arbeitet auch als Ausbilder im Waffenbereich, sein Bekannter sitzt seit dem Vorfall im Rollstuhl.



Schwer verletzt wurde der 36-Jährige ins Krankenhaus gebracht.

Polizei sperrte den Tatort großräumig ab. Der Vater zeigt das vom Sohn eingeschlagene Fenster.



Mit dieser Dienstpistole „Glock 17“, Kaliber 9 Millimeter, soll der Verdächtige auf den Beamten gefeuert haben.



Fotos: Markus Tschopp

➤ Salzburger entriss Beamten die Dienstwaffe ➤ Kollege feuerte auf 36-Jährigen

➤ Vater erhebt schwere Vorwürfe ➤ „Als würden sie ihn vor meinen Augen töten“

# Feuergeschehen vor Haus: Polizist

Kampf auf Leben und Tod vor einem Salzburger Einfamilienhaus! Ein 36-Jähriger soll einem Polizisten dessen Dienstpistole entrissen und ihn angeschossen haben. Ein weiterer Beamter feuerte auf den Verdächtigen. Für dessen Vater ist klar: Der Einsatz lief aus dem Ruder, sein Sohn sei einfach niedergestreckt worden.

Johann L. hat die Einfahrt seines Hauses im Salzburger Stadtteil Leopoldskron so gut es geht gesäubert. Auch

der Regen hat Donnerstagmittag einen Teil der Blutlachen bereits weggespült. Und doch ist es noch klar zu

sehen: Stunden zuvor spielten sich hier unfassbare Szenen ab. Der Sohn von Johann L. wurde bei einem Schusswechsel schwer verletzt. Stundenlange Not-OP! Der Schütze war ein Polizist. „Es war so, als würden sie ihn vor meinen Augen töten“, erhebt der Vater schwere Vorwürfe.

Was genau gegen 5.30 Uhr passiert ist, darüber gibt es widersprüchliche Angaben. Klar ist: Der Bruder des Verletzten hatte die Einsatzkräfte gerufen, weil der 36-Jährige ausgerastet sei. „Er hat mich zunächst wegen eines kaputten Wasserhahns geweckt“, sagt der Vater. Der geschiedene ehemalige

# und Angreifer angeschossen

Schlosser lebt mit beiden Söhnen in dem großzügigen Einfamilienhaus. Sein Jüngerer sei dann aus dem Fenster geklettert und über das Vordach in die Einfahrt gesprungen. „Dann hat er sich einen Stein genommen und ein Fenster eingeschlagen“, erzählt L. Die Familie alarmierte darauf den Notruf.

„Er hat zuvor wohl etwas genommen, das er nicht vertragen hat“, so der Vater. **Schusswechsel erinnert an Vorfall in Altmünster** Die weiteren Ereignisse stellt die Polizei folgendermaßen dar: Zwei Beamte seien zu dem Wohnhaus gefahren. Im Zuge einer Rau-

ferei habe der 36-Jährige einem Polizisten die Glock-Dienstwaffe entrissen, auf diesen geschossen und ihn am Arm verletzt. Der zweite Uniformierte habe darauf zurückgeschossen. Dem widerspricht aber Johann L.: „Mein Sohn hat niemanden getroffen, der Polizist hat vom Gehsteig aus auf beide

geschossen.“ Wie viele Schüsse von wem tatsächlich abgegeben wurden, ermittelt derzeit ein Sonderteam aus Vorarlberg. Erst vor knapp zwei Wochen kam in Altmünster (OÖ) bei einem Schusswechsel mit der Polizei ein 50-jähriger Mann ums Leben. N. Klinger & K. Langwieder

Umweltexperten beziffern Schäden mit 20 Milliarden Euro:

# So teuer wird die Klimakrise

Erschreckendes Klimawandel-Zukunftsszenario! Wenn nicht rasch Maßnahmen ergriffen werden, kommen auf Österreich horrenden Kosten zu, Schon jetzt gibt es Schäden in Höhe von 15 Milliarden Euro jährlich.

„Wir brauchen jetzt rasch Klimaschutz-Investitionen. Denn damit können gerade nach der Corona-Krise grüne Jobs geschaffen werden. Auch die Wirtschaft wird damit angekurbelt“, so die Experten Karl Steiniger und Nina Kittel vom Wegener Center der Universität Graz. Deren düsteres Zukunftsszenario: „Wenn wir weiter am fossilen System festhalten, explodieren die Kosten bis 2050 auf 20 Milliarden pro Jahr.“ Für Ministerin Leonore Gewessler und Klimafonds-Chef Ingmar Höbarth ein „klarer Auftrag zum Handeln“. M. Perry



Gefahr auch für die öko-fragile Bergwelt

## KRONE QUIZ

Wo findet man den Begriff „Taxon“?

- A Physik
- B Biologie
- C Medizin
- D Literatur

Auflösung im Anzeigenteil

**LUCKY DAY**  
Tipp auf deinen Glückstag.  
Ziehung vom 25. 6. 2020  
**01 - 01 - 70**  
Tag Monat Jahr  
Glückssymbol „Glücksschwein“  
Ohne Gewähr

ANZEIGE

**ERSTE SPARKASSE**

Schon ab 50 € im Monat

**Schritt für Schritt in die Zukunft investieren. Jetzt Fondssparen.**

Das Veranlagen in Wertpapiere birgt neben Chancen auch Risiken.

erstebank.at sparkasse.at

## SALZBURG

## Polizeibeamter angeschossen

Angreifer hatte ihm die Dienstwaffe entrissen.

Ein Schusswechsel in Salzburg-Stadt endete mit zwei Schwerverletzten. Demnach hat ein 36-jähriger Österreicher, der zuvor seine Familie bedroht hatte, einem einschreitenden Polizisten im Verlauf einer körperlichen Auseinandersetzung dessen Dienstwaffe entrissen und auf ihn im Garten des Einfamilienhauses geschossen. Der Beamte wurde schwer am Arm verletzt. Anschließend gab der sichernde Polizist einen Schuss auf den 36-Jährigen ab. Der schwer verletzte Tatverdächtige wurde nach dem Schusswechsel im Salzburger Landeskrankenhaus operiert.

Familienmitglieder hatten Donnerstagfrüh die Polizei alarmiert, weil der Mann besonders aggressiv sei, durchdrehe und seine Familie bedrohe. Daraufhin fuhr eine Polizeistreife zum Einfamilienhaus nach Leopoldskron. „Die Ermittlungen gehen in alle Richtungen. Es kann sich um einen Streit im Vorfeld handeln“, um eine „medizinische Indisponierung des Tatverdächtigen oder um eine psychische Erkrankung“, hielt Polizeisprecher Hans Wolfgruber fest. Ermittlungen zum Tathergang laufen.

## LINZ

## Auf falscher Spur

Ein Sattelzug musste im Bezirk Steyr-Land vier Stunden lang geborgen werden. Sein Fahrer sollte eine Lieferung zu einem Unternehmen zwischen Weyer und Großraming bringen. Das Navigationsgerät lotste ihn über den Ennstalradweg, wo er in einer Kurve abkam und der Wagen umzustürzen drohte.

# Gutes Zeugnis für



Wird die Phase des Heimunterrichts nachhaltig etwas verändern? FOTOLIA

Laut neuer Umfrage der Elternvereine klappte das corona-bedingte Lernen zu Hause besser als zunächst vermutet.

Über Wochen ging corona-bedingt nichts mehr an Österreichs Schulen. Wie kamen Schüler an NMS (Neue Mittelschule), AHS (allgemein bildende höhere Schule) und BHS (berufsbildende höhere Schule) im „Homeschooling“ zurecht und wie gingen ihre Familien mit der Situation um?

Eine Umfrage des Dachverbandes der Elternvereine liefert ein doch recht überraschendes Ergebnis: Die Hälfte der Famili-

## Panorama

Aktuelle Meldungen aus Österreich

## WIEN

### Milliardenkosten

15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz – so die „Coin-Studie“ des Wegener Centers der Uni Graz. Autor und Klimaökonom Karl Steininger sieht Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher.

## WIEN

### Polizei-Großeinsatz

Eine Kundgebung von Kurden in Wien-Favoriten gegen Gewalt an Frauen wurde von Türken gestört. Polizeibeamte berichteten von einer „aufgeheizten und aggressiven Stimmung“. Es kam zu Tumulten, die Exekutive schritt daraufhin mit einem Großaufgebot ein. Mehrere Anzeigen waren die Folge.

## WIEN

### Prostitution erlaubt

Mit 1. Juli ist in Österreich Prostitution wieder erlaubt. Jener Paragraph der geltenden „COVID-19-Lockerungsverordnung“, der das Betreten von Bordellen und Laufhäusern verbietet, entfällt mit Ablauf des 30. Juni 2020. Hygiene- und Schutzempfehlungen werden noch erarbeitet, so das Gesundheitsministerium.

## ÖSTERREICH

### Bis zu 32 Grad am Wochenende

Am Wochenende ist in Österreich unbeständiges Sommerwetter mit Temperaturen von bis zu 32 Grad zu erwarten. Samstagfrüh sollten sich die letzten Wolkenreste lichten und sich im ganzen Land sehr sonniges Wetter durchsetzen. Ausgehend vom Bergland kommt es zur Quellwolkenbildung – und in der Folge werden hier Regenschauer und Gewitter ausgelöst. Das Gewitterpotenzial ist hoch und die Luft sehr energiereich. Einzelne Gewitterzellen können heftig werden. APA



## LINZ

### Fünf Monate bedingt

Ein Berufssoldat, der unabsichtlich einen Bekannten angeschossen hat, ist in Linz (nicht rechtskräftig) zu einer unbedingten Geldstrafe von 2400 Euro und fünf Monaten bedingter Haft verurteilt worden. Der 26-Jährige arbeitet auch als Auszubildener im Waffenbereich, sein Bekannter sitzt seit dem Vorfall im Rollstuhl.

"tt.com" gefunden am 26.06.2020 00:15 Uhr

# Klimaschutz-Abwarten kostet Österreich 15 Mrd. Euro im Jahr

**Letztes Update am Donnerstag, 25.06.2020, 14:27 15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz.**

Diese Summe findet sich in der aktuellen „COIN-Studie“ des Wegener Centers der Uni Graz. „Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude“, stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.

Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. „Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist“, sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für „Cost of Inaction“, zu Deutsch „Kosten des Nicht-Handelns“ - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: „Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende“. Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die „Zäsur durch die Coronakrise“ genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

Kommentieren

Kommentar schreiben

Schlagworte

Newsticker

\_\_SPECIAL

"tt.com" gefunden am 26.06.2020 00:18 Uhr

## „Klimaschutz-Starre“ kostet Österreich 15 Mrd. Euro 2020

**Letztes Update am Donnerstag, 25.06.2020, 15:04 15 Milliarden Euro Verluste werden laut „COIN-Studie“ des Grazer Wegener Centers 2020 durch**

die Klimakrise in Österreich verursacht, zwei Milliarden davon allein durch Unwetterschäden oder Schädlinge. Ergebnisse, die für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) kein „Grund zur Freude“, sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.

„COIN“ steht für „Cost of Inaction“ also für „Kosten des Nicht-Handelns“. Leitender Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger, nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz - wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. „Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist“, sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Gewessler warnte, dass die jährlichen Schäden laut Studie bis ins Jahr 2050 auf zwölf Milliarden Euro anwachsen werden.

Doch der Mittelpunkt der Präsentation war die Gegenwart, in der wir durch die Coronapandemie gelernt hätten, „wie sich eine Krise anfühlt“, so Gewessler - diese Zäsur müsse jetzt genutzt werden: „Wir haben gelernt, dass schnelles Handeln wirkt“, ergänzte Studienautor Steininger, „bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender“. Und diesen Schäden muss in Form von Anpassungsmaßnahmen begegnet werden, die wiederum eine Milliarde Kosten verursachen.

Um das „Verharren im fossilen System“ zu Beenden, müsste eine CO2-Steuer in Form einer Emissionsbepreisung oder eine ökosoziale Steuerreform real werden - beides fehlt in Österreich aber noch. Jedoch würde hier das „noch“ zu betonen sein, kündigte Gewessler an: Dass laut der Studie jährlich vier Milliarden für klimaschädliche Subventionen ausgegeben werden, soll bald Vergangenheit sein: Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt „kontraproduktive“ Anreize dann wegfallen.

„Es geht auch weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende“, sagte Gewessler und die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - dazu müsse die „Zäsur durch die Coronakrise“ genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiter zu gehen. Noch in diesem Sommer soll zudem das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: „Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung“, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin der NGO. „Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden“, hieß es von Global 2000, die ähnliche Forderung an die Regierung stellte und dazu noch „eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022“ forderten.

Kommentieren

Kommentar schreiben

Schlagworte

Newsticker

\_\_SPECIAL

"oekonews.at" gefunden am 26.06.2020 00:57 Uhr

## Nicht-Handeln gegen die Klimakrise kostet Milliarden

**Neue Studie ist als klarer Auftrag auf dem Weg zu Klimaneutralität 2040 zu sehen - 15 Mrd. Euro Kosten schon jetzt!**



Wien- Gestern wurde eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel vorgestellt, die im Auftrag des Klima- und Energiefonds erstellt wurde. Sie zeigt die horrenden Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen, wie die AutorInnen feststellen.

Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Mrd. Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Mrd. Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Mrd. Euro) und Klimawandelanpassung (1 Mrd. Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen der Kosten auf 20 Milliarden Euro per Jahr. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler sagt: "Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen."

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: "Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden."

Der leitende Studienautor Karl Steininger meint: "Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss."

Mit-Autorin Nina Knittel stellt fest: "Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen."

## Export: Österreich bremst sich aus

**Handel.** Den Versicherungen sind die Geschäfte der hiesigen Exporteure zu heikel. Der Staat soll als Bürge einspringen.

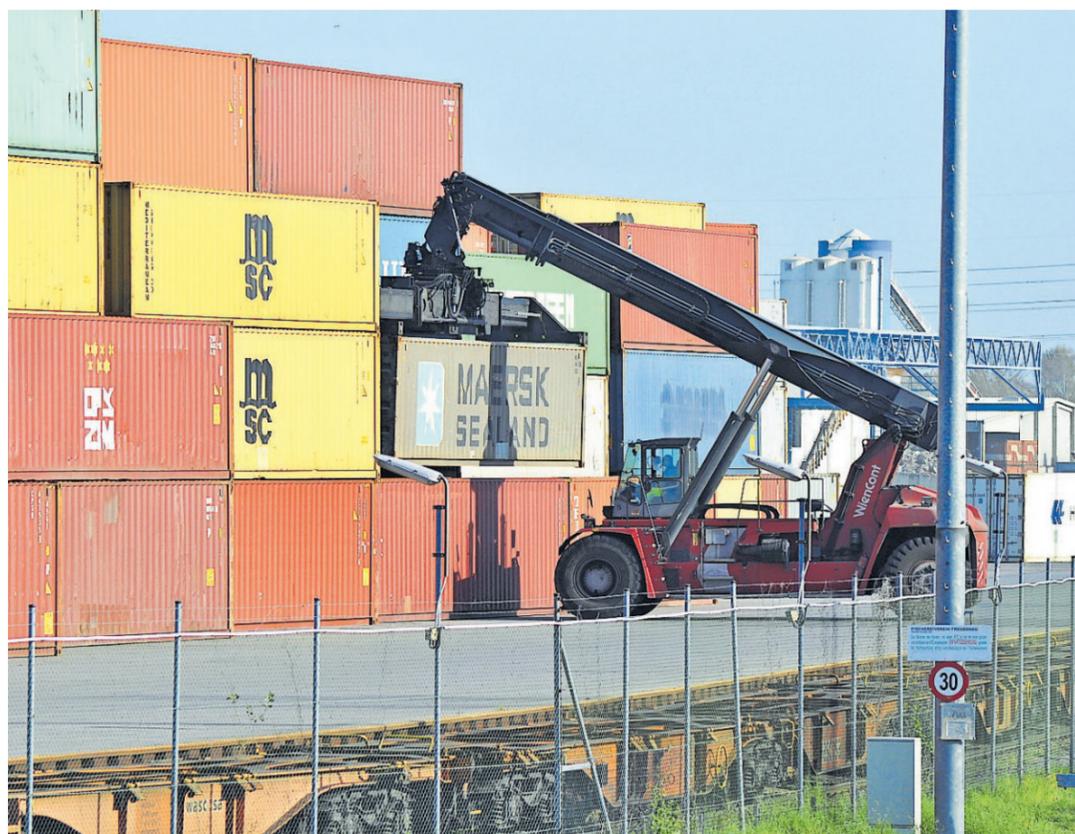
VON MATTHIAS AUER

Wien. Die heimischen Exportunternehmen stehen vor einem schwerwiegenden Dilemma: Sie bekommen zwar wieder vermehrt Aufträge aus dem Ausland, können sie aber oft nicht annehmen. Grund dafür: Die Versicherungskonzerne, die bei Lieferungen in andere Länder üblicherweise dafür haften, wenn die Abnehmer nicht zahlen, steigen reihenweise aus dem Geschäft aus. Durch die Coronapandemie ist die Bonität vieler Unternehmen so stark gesunken, dass niemand den österreichischen Lieferanten das Risiko eines Zahlungsausfalls ihrer Kunden abnehmen will. Die Exporteure fürchten, dass langjährige Kunden zur Konkurrenz überlaufen. Schuld sei daran auch die Politik.

„Die Aufträge sind da“, sagt Stefan Greimel, Geschäftsführer des Automobilzulieferers Tribotec, einer Tochter der Treibacher Industrie AG, zur „Presse“. Das Kärntner Unternehmen erzeugt Metallsulfide für Bremsbeläge und erwirtschaftet fast den kompletten Jahresumsatz von knapp 70 Millionen Euro im Ausland. Heuer wird das nicht glücken: „Ich stehe bei jeder größeren Lieferung vor der Entscheidung, ob wir uns dieses Geschäft noch zutrauen dürfen oder nicht“, so Greimel. Fatal in einer Situation, in dem der Betrieb ohnedies auf Sparflamme unterwegs ist und jedes Neugeschäft gut gebrauchen könnte.

### Schutzschirm für Versicherer

Der Industriebetrieb ist mit seiner Sorge nicht allein. Auch alle anderen Lieferanten, von der Molkerei über den Stahlerzeuger bis zum Elektronikonzern, haben dasselbe Problem. Im „Normalbetrieb“ haften die großen Kreditversicherer wie Acredia und Coface in Ös-



Österreichs Exporteure leiden unter der mangelnden Bonität ihrer Kunden.

[ picturedesk/Oxenbauer ]

terreich für potenzielle Zahlungsausfälle im Wert von 56 Milliarden Euro. 40 Milliarden davon für Exportgeschäfte, 16 Milliarden für Lieferungen innerhalb Österreichs.

Doch damit ist angesichts der Unsicherheit in der Coronakrise Schluss. Heimische Produzenten und Händler können ihre Ware daher nicht mehr wie bisher einfach auf Lieferschein liefern, sondern sollten theoretisch auf Vorauskasse bestehen. Genau das können sich die meisten Abnehmer aber mangels ausreichender Liquidität gar nicht mehr leisten.

„Für Österreichs Lieferanten führt das zu immer stärkeren Wettbewerbsverzerrungen gegenüber ausländischen Mitbewerbern“, warnt Kreditversicherungsexperte Peter Androsch im Gespräch mit der „Presse“. Denn viele europäische Staaten haben das Problem für ihre Exportwirtschaft frühzeitig erkannt – und gelöst. Länder wie Deutschland, Dänemark, Belgien

oder die Niederlande haben bereits Corona-Schutzschirme für die Kreditversicherer gespannt, damit diese das Geschäft der heimischen Exporteure weiter ermöglichen. In Deutschland übernimmt der Staat etwa seit Mitte April bis zu 30 Milliarden Euro an möglichen Ausfällen für die Kreditversicherer. Im Gegenzug erhält er 65 Prozent der Versicherungsprämien.

### „Leben von Zuverlässigkeit“

Genau so einen Schutzschirm für ihre Versicherungen wünschen sich die österreichischen Exporteure, um weiter konkurrenzfähig zu bleiben. Drei Milliarden Euro als Haftungssumme müssten genügen, schätzt Androsch. Und damit wäre nicht nur den Versicherungen geholfen, sondern auch ein gesamtwirtschaftliches Problem gelöst. Denn verlangt ein heimischer Lieferant heute von seinem Kunden zur Sicherheit das Geld vorab, kann dieser problemlos zur

deutschen Konkurrenz überlaufen – und wie gewohnt später zahlen.

Das Problem ist in der Regierung bekannt, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung lobbyieren seit Wochen für eine praktikable Lösung. Doch das Finanzministerium sperre sich dagegen, heißt es. Stattdessen soll die staatliche Kontrollbank OeKB verstärkt die Risiken der Exporteure absichern. Anders als echte Kreditversicherer vergibt die OeKB keine allgemeinen Haftungslimits, sondern fordert konkrete Angaben zu jedem einzelnen Geschäftsfall. In der Praxis ergibt das nur für große Einzelprojekte Sinn. Ziel müsse aber sein, dass Österreichs Unternehmen wieder alle Aufträge annehmen, die sie auch erfüllen können, fordert Tribotec-Chef Stefan Greimel. „Wir leben davon, ein zuverlässiger Lieferant zu sein. Wenn wir aufhören zu liefern, zerstören wir uns die guten Beziehungen zu den Kunden für lange Zeit.“

## Klimaschutz: Die Kosten des Nichtstuns

**Studie.** Das Zögern beim Klimaschutz beschere Österreich jedes Jahr 15 Milliarden Euro an Verlusten, rechnen Klimaforscher vom Grazer Wegener Center vor. Sogenannte „umweltschädliche Subventionen“ sollen schon 2021 fallen.

Wien. Klimaschutz ist teuer. So viel ist bekannt. Seit gestern gibt es aber auch Klarheit darüber, was es Österreich kostet, auf Klimaschutz zu verzichten. 15 Milliarden Euro an Verlusten würden 2020 durch den Klimawandel im Land verursacht, so das Ergebnis der „COIN-Studie“ des Grazer Wegener Centers. Zwei Milliarden Euro davon alleine durch Unwetter oder Schädlinge. Als vor fünf Jahren die erste derartige Kostenabschätzung berechnet wurde, lagen die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden noch bei einer Milliarde. Bis 2050 könnten die Schäden laut der Studie auf zwölf Milliarden Euro im Jahr anwachsen.

Weitere Kostenblöcke sind der Import fossiler Energieträger und die damit verbundenen Wertschöpfungsverluste (acht Milliar-

den Euro im Jahr), umweltschädliche Subventionen (vier Milliarden Euro im Jahr) und die Kosten für die Anpassung an den Klimawandel (eine Milliarde im Jahr).

### „Schnelles Handeln wirkt“

„Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist“, sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Die grüne Umweltministerin Leonore Gewessler sah in den Ergebnissen keinen „Grund zur Freude“, sondern einen Handlungsauftrag an die Regierung, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.

In der Coronakrise hätte das Land „gelernt, dass schnelles Handeln wirkt“, sagte der leitende Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger. „Bei der Klimakrise

manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender“. Um das „Verharren im fossilen System“ zu beenden, müsste eine CO<sub>2</sub>-Steuer oder eine ökosoziale Steuerreform real werden.

Eine entsprechende Steuerreform stellte Leonore Gewessler ebenso in Aussicht, wie den Abbau der umweltschädlichen Subventionen. Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt „kontraproduktive“ Anreize wegfallen. Es sei „ökonomisch vernünftig“, die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen.

Weitere Kernpunkte im Kampf gegen den Klimawandel seien der

Ausbau erneuerbarer Energie und die Verkehrs- und Mobilitätswende. Noch in diesem Sommer soll das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

### Steuerreform vorziehen

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: „Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar – so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung“, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace. „Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden“, hieß es von Global 2000, das ähnliche Forderung stellt und dazu noch „eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022“ verlangt. (auer/ag)

## Konsumlaune der Deutschen hellt sich auf

Verbraucher erwachen aus „Schockstarre“, so GfK.

Berlin/Wien. Nach der zügigen Öffnung der deutschen Wirtschaft schütteln die Verbraucher den Corona-Schock allmählich ab. Für Juli sagen die Marktforscher von GfK einen Anstieg ihres Konsumklima-Barometers um neun Punkte auf minus 9,6 Zähler voraus. „Die Verbraucher erwachen zunehmend aus der Schockstarre, die noch im April zu einem beispiellosen Absturz der Stimmung geführt hatte“, sagte GfK-Experte Rolf Bürkl am Donnerstag. Von Reuters befragte Ökonomen hatten nur minus zwölf Punkte erwartet. Doch noch kann von wiedererwachter Konsumfreude keine Rede sein: Der aktuelle Wert ist der dritt niedrigste, der von den Nürnberger Marktforschern jemals gemessen wurde.

Zum zweiten Mal in Folge legte auch die Konjunkturerwartung der Verbraucher im Juni zu, und zwar, so die Experten, überraschend deutlich. Der Indikator liegt mit 8,5 Punkten sogar wieder im positiven Bereich, das heißt über seinem langfristigen Durchschnittswert von null. Ebenfalls zum zweiten Mal in Folge stieg die Einkommenserwartung. Das ließ auch die Anschaffungsneigung steigen. Das schwache Licht am Ende des Tunnels werde etwas heller, so GfK. (Reuters)

## Geschäft läuft im Handel nur schleppend an

Jeder fünfte Betrieb musste Mitarbeiter kündigen.

Wien. Der Handel kommt nicht in Schwung. Fast alle Bekleidungs- und Schuhgeschäfte (96 Prozent) rechnen im Gesamtjahr mit Umsatzeinbußen, allein im Juni verzeichneten sie einen Umsatz- und Frequenzrückgang von je 40 Prozent. Jeder fünfte Betrieb musste bereits Mitarbeiter kündigen, mehr als ein Viertel wird in den kommenden zwölf Monaten noch Stellen streichen. Das zeigt eine Erhebung des Handelsverbandes im Juni unter 140 Händlern aller Größenklassen. Mit Airfield, Colloseum, Dressmann, Haanl und Stefanel gab es heuer schon zahlreiche Pleiten. Mehr als ein Viertel der Händler nimmt nach wie vor die Corona-Kurzarbeit für zumindest einen Teil der Belegschaft in Anspruch. (APA)

## URSCHITZMEINT

Die Kolumne von Josef Urschitz entfällt heute. Das nächste Urschitz meint erscheint wieder am 1. Juli 2020.

DiePresse.com/Urschitzmeint

# Startfreigabe für Lufthansa-Staatshilfe

Am Ende lenkte der Milliardär Heinz Hermann Thiele ein, die Aktionäre stimmten der Rettung der Lufthansa zu.

HELMUT KRETZL

WIEN. Die Aktionäre der Lufthansa haben am Donnerstagabend mit einer Mehrheit von 98 Prozent dem Rettungspaket und damit den Staatshilfen für die Airline zugestimmt. Laut Vorstandschef Carsten Spohr „sichert die Entscheidung unserer Aktionäre der Lufthansa eine Perspektive für eine erfolgreiche Zukunft“. Er bedankte sich für die Unterstützung der Bundesregierung zur Stabilisierung der Lufthansa. Der Vorstand sei sich der Verantwortung bewusst, „die bis zu 9 Milliarden so schnell wie möglich an die Steuerzahler zurückzuzahlen“.

Das Rettungspaket sieht vor, dass der staatliche Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) im Zuge einer Kapitalerhöhung Aktien für etwa 300 Mill. Euro zeichnet, für die er nur den Nennwert von 2,56 Euro zahlt, rund ein Viertel des aktuellen Aktienkurses. Im Fall einer feindlichen Übernahme könnte der Staat auf eine Sperrminorität von mehr als 25 Prozent kommen. Vorgesehen sind auch stille Einlagen über 5,7 Mrd. Euro und ein KfW-Kredit über 3 Mrd. Euro.

Im Fall einer Ablehnung wäre als Plan B die Insolvenz der Lufthansa auf der Tagesordnung gestanden – samt nicht absehbaren Folgen. Das unterstrichen Lufthansa-Chef Carsten Spohr und Aufsichtsratschef Karl-Ludwig Kley bei der außerordentlichen Hauptversammlung am Donnerstag. Ohne Hilfe

hätte der Fluggesellschaft schon in den nächsten Tagen die Insolvenz gedroht, sagte Kley, „wir haben kein Geld mehr“. Eine Insolvenz wolle man „unbedingt vermeiden“, unterstrich Lufthansa-Chef Spohr. Sie berge erhebliche Risiken für Mitarbeiter, Kunden und Eigentümer. Daher sollten auch Aktionäre im Sinne der Solidarität „ihren ganz persönlichen Beitrag zur Stabilisierung der Lufthansa leisten“, sagte Spohr.

Das konnte man vor allem als Botschaft an Lufthansa-Großaktionär Hans Hermann Thiele verstehen. Der hatte im Vorfeld mit seiner Kritik am Einstieg des Staats für erhebliche Unruhe gesorgt und erst am Tag vor der Hauptversammlung signalisiert, doch dafür zustimmen, um eine Insolvenz zu vermeiden. Vielleicht waren es auch die leidenschaftlichen Appel-

„Auch Aktionäre sollen Beitrag zur Stabilisierung der Lufthansa leisten.“

Carsten Spohr, Lufthansa-Chef

le zahlreicher Lufthansa-Mitarbeiter, die am Flughafen Frankfurt laut für ein Ja zum Rettungspaket demonstrierten und eindringlich vor der Vernichtung von 138.000 Arbeitsplätzen warnten? Oder war es doch mehr die unternehmerische Vernunft, die den 79-jährigen Milliardär Thiele dazu bewog, seine Meinung zu ändern und dem

„Stabilisierungspaket“ zur Rettung der Lufthansa doch zuzustimmen?

Thiele war in die Lufthansa eingestiegen, nachdem diese wie die gesamte Luftfahrt wegen der Coronapandemie ins Trudeln geraten war. Schrittweise hatte er seinen Anteil auf 15,52 Prozent erhöht, damit ist er größter Aktionär. Weil sich weniger als 50 Prozent der stimmberechtigten Aktionäre zur Hauptversammlung angemeldet hatten, war für Beschlüsse eine Zweidrittelmehrheit des anwesenden Kapitals erforderlich. Und die konnte es nicht gegen den Willen des Großaktionärs geben.

Ein Gespräch zwischen Thiele und dem deutschen Wirtschafts- und Finanzminister und Lufthansa-Chef Spohr am Montag war ohne Ergebnis geblieben. Erst am Abend vor der Hauptversammlung schwenkte er um.

Die Lufthansa-Rettung rief auch andere Kritiker auf den Plan. Der irische Billigflieger Ryanair kündigte eine Klage beim Europäischen Gerichtshof an. Das Ja zur Lufthansa-Rettung sei „ein spektakulärer Fall, wie ein reiches EU-Mitglied die EU-Verträge ignoriert, zum Wohl der eigenen Wirtschaft und zum Schaden ärmerer Länder“, sagt Ryanair-Chef Michael O’Leary. Berlin verschwende viel Steuergeld, um eine nicht wettbewerbsfähige Airline gesundzuspritzen. Kleinere Mitbewerber würden damit aus dem Markt gedrängt, wettet der Ryanair-Chef, der den in Österreich geplanten Ticket-Mindestpreis von 40 Euro als „staatlich finanziertes Preiskartell“ kritisiert.

Die Lufthansa erreichte am Donnerstag zwei andere wichtige Etappenziele auf dem Weg zur Sanierung. Die EU-Kommission gab dem Rettungspaket die Zustimmung, die Lufthansa muss aber Start- und Landerechte an andere Airlines abgeben, um eine Wettbewerbsverzerrung auszuschließen. Zudem einigte man sich mit der Kabinenbesatzung, die ihre Kosten für die Zeit der Krise um 17 Prozent senkt. Eine ähnliche Lösung sei auch bei den Piloten in Sicht, während es sich beim Bodenpersonal noch spieße. Hier könnte es betriebsbedingte Kündigungen geben, stellte Spohr die Rute ins Fenster.

## KURZ GEMELDET

### Blumen aus Amsterdam waren kein Schlager

DEN HAAG. Die Coronapandemie ließ den Blumenexport der Niederlande einbrechen. Im April sank der Export von Schnittblumen um 35 Prozent und der von Blumenzwiebeln und Gartenpflanzen um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, teilte die Statistikbehörde mit. Stabil blieb der Export von Obst (+2 Prozent) und Gemüse (-1 Prozent). SN, dpa

### Versicherungsmakler GrECo tauscht Leitung

WIEN. Der Versicherungsmakler GrECo International AG ordnet den Vorstand Anfang Juli neu. Christian Oppl, bisher für Sales & Account Management zuständig, wechselt in den Aufsichtsrat. Seine Aufgaben übernimmt Christoph Repolust, der bisher das Ressort Risiko- und Versicherungstechnik führte. Das leitet künftig Andreas Schmitt, der neu in den Vorstand aufrückt.

## Nichts gegen den Klimawandel zu tun ist teuer

Auf 15 Mrd. Euro pro Jahr summieren sich Wertschöpfungsverluste und Kosten für Umweltschäden.

WIEN. In der Klimapolitik kann man über die Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit einzelner Maßnahmen trefflich streiten, aber das Schlechteste, was man tun kann, ist, nichts zu tun.

Auf diesen Nenner lässt sich eine Studie bringen, die das Wegener Center an der Universität Graz im Auftrag des Klima- und Energiefonds erstellt hat und die am Donnerstag präsentiert wurde. Die negativen Effekte des Nichthandelns in der Klimapolitik summieren sich demnach auf 15 Mrd. Euro pro Jahr.

Der größte Brocken dieses Betrags entfällt mit acht Mrd. Euro im Jahr auf Wertschöpfungsverluste in Österreich durch den Import fossiler Energie. Den negativen volkswirtschaftlichen Effekt umweltschädlicher Subventionen beziffert der leitende Stu-

dienautor Karl Steininger mit vier Mrd. Euro. Wie sehr es sich räche, wenn man zu wenig gegen den Klimawandel unternehme, zeige die Entwicklung der Kosten für wetter- und klimabedingte Schäden. Die



„Klimaschäden zeigen sich spät, halten aber an.“

Karl Steininger, Umweltökonom

hätten 2015 eine Mrd. Euro betragen und hätten sich seither verdoppelt, sagt Steininger.

Wenn man hier nicht zügig gegensteuere, drohten diese Kosten regelrecht zu explodieren, rechnet der Umweltökonom vor. Bis zum Jahr 2030 wird ein Anstieg auf zumindest 3 bis 6 Mrd. Euro erwartet.

Bis 2050 könnten sich die Kosten für derartige Schäden im Bereich von 6 bis 12 Mrd. Euro bewegen.

Ausgaben zur Anpassung an den Klimawandel, wie der Hochwasserschutz oder Investitionen, um Wälder resistenter zu machen, machen in den öffentlichen Budgets bereits eine Mrd. Euro aus. Bis 2050 werde sich dieser Ausgabenposten selbst unter Annahme eines mittleren Klimaszenarios verdoppeln.

Für Umweltministerin Leonore Gewessler sind die Ergebnisse nicht nur „kein Grund zur Freude“, sondern ein Handlungsauftrag für die Regierung, den Weg zu der bis 2040 angestrebten Klimaneutralität weiterzugehen. Laut Steininger bietet die Coronakrise eine ideale Ausgangsposition, um die Klimapolitik neu auszurichten und konkrete Maßnahmen zu ergreifen. So wären die niedrigen Preise für fossile Ener-

gie, die Autofahrer und Besitzer von Ölheizungen freuen, eine Gelegenheit, umweltschädliche Subventionen abzubauen, empfehlen die Studienautoren. Um das „Verharren im fossilen System“ zu beenden, müsste es möglichst rasch eine CO<sub>2</sub>-Steuer über eine Bepreisung von Emissionen oder eine ökosoziale Steuerreform geben. An Letzterer werde gearbeitet, sagte Gewessler. Ziel sei, umweltfreundliches Verhalten zu belohnen, für die Umwelt kontraproduktive Anreize im Abgabensystem sollen nächstes Jahr wegfallen.

Die Studie weist auch auf Risiken hin, die der Klimawandel für die Finanzindustrie bringt. Institutionelle Investoren wie Versicherer oder Pensionskassen, die EU-weit Hunderte Mrd. Euro in Unternehmen investiert haben, die von der Klimapolitik betroffen sind, müssten wissen, wohin die Reise geht. **wie**



Countdown für ein Geisterrennen

Spielberg-Reportage SPORT Seite 14

Donaufelder Gemüse soll neuem Stadtteil weichen

WIEN Seite 10



FREITAG, 26. JUNI 2020

ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER

€ 2,80 | Nr. 9528

## Lufthansa und AUA können weiterfliegen



Foto: Reuters/Plattenbach

Donnerstagnachmittag gingen Mitarbeiter der AUA-Mutter Lufthansa in Frankfurt auf die Straße: Sie appellierten an die Aktionäre, dem neun Milliarden Euro schweren Hilfspaket der deutschen Bundesregierung zuzustimmen und so die Airline und ihre Jobs zu ret-

ten. Am Abend ging ihr Wunsch in Erfüllung: Mit 98 Prozent der Stimmen wurde das Paket abgesegnet. Zuvor hatte sich das Management mit der Kabinengewerkschaft Ufo auf Einsparungen geeinigt. Damit ist auch die AUA-Rettung perfekt. Seite 17

## Rund 40 Prozent aller Ischgl'er waren an Corona erkrankt

### Studie weist bisher höchsten erhobenen Anteil von Menschen mit Antikörpern nach

Ischgl/Innsbruck – Im April wurden knapp 1500 Bewohner des Wintersportortes Ischgl auf Sars-CoV-2-Antikörper getestet, am Donnerstag wurden an der Med-Uni Innsbruck erste Ergebnisse dieser Studie präsentiert. Demnach weisen 42,4 Prozent aller Getesteten Antikörper auf und waren somit bereits an Corona erkrankt.

Aber nur 15 Prozent davon wurden als Infizierte erkannt, bei 85 Prozent blieb die Erkrankung unentdeckt. Der Anteil der seropositiv Getesteten liegt in Ischgl damit etwa sechsmal höher als die Zahl der zuvor mittels PCR positiv getesteten Personen.

Insgesamt 79 Prozent der Ischgl'er Wohnbevölkerung haben freiwillig an der Untersuchung teilgenom-

men. Die dabei ermittelten 42,2 Prozent, die Antikörper aufweisen, sind weltweit der bislang höchste derartige Wert. In Gröden in Südtirol lag der Anteil bei einer ähnlichen Untersuchung bei 27 Prozent, im schweizerischen Genf bei zehn Prozent.

Unter den Getesteten befanden sich 214 Kinder. Bei ihnen ist die Zahl jener, die Antikörper aufweisen, um rund ein Drittel niedriger. Woran das liegt, können die Forscher nicht mit Sicherheit sagen. Insgesamt scheint das Virus in Ischgl weniger schwere Fälle verursacht zu haben. Nur neun Personen mussten im Spital behandelt werden. Die Fallsterblichkeit im Wintersportort liegt mit zwei Fällen bei 0,26 Prozent. Seite 9

## HEUTE

### Proteste verändern USA

Die Kundgebungen gegen Polizeigewalt und die Black-Lives-Matter-Bewegung verändern die USA. Wie viel davon ist nur PR? Seite 4

### Heeresreform regt auf

Nach dem Ruffel des Bundespräsidenten droht Verteidigungsministerin Tanner nun Ungemach vonseiten der Opposition. Seite 7

## Blümel vor U-Ausschuss schweigsam

### Finanzminister weicht Fragen der Abgeordneten aus

Wien – Für die Abgeordneten des U-Ausschusses war die Befragung von Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) ähnlich wie die von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) am Mittwoch wenig ergiebig. Genau wie der Kanzler gab Blümel an, vieles erst aus den Medien erfahren zu haben. Für Belustigung

sorgte, dass Blümel sich nicht erinnern konnte, ob er als Minister einen Laptop benutzt hat. Punkto elektronischer Kommunikation gab der Leiter des Staatsarchivs dem Kanzler recht: SMS dürfen gelöscht werden. Experten sehen jedoch Ermessensspielraum. (red)

Seiten 2 und 3, Kommentar Seite 28

## Wirecard rutscht in die Pleite

### Erstmals meldet ein Dax-Mitglied Insolvenz an

Wien/München – Mit Wirecard hat am Donnerstag erstmals ein Dax-Konzern Insolvenz angemeldet. Der deutsche Zahlungsverwalter hatte 2018 die Commerzbank aus dem Leitindex verdrängt, nun stolpert der Konzern über ein milliardenschweres Loch in der Bilanz. Anfang der Woche gab Wirecard

zu, dass 1,9 Milliarden Euro fehlen. Die Aktie verlor am Donnerstag weitere 71 Prozent. Die Pleite könnte auch die Grazer Tochter mit 130 Mitarbeitern mitreißen.

Am Montag war der Österreicher Markus Braun verhaftet worden – er hatte das Unternehmen groß gemacht. (red) Seite 15

## ZITAT DES TAGES

„Wir müssen uns für mehrere Jahre positionieren, wenn der Umsatz viel niedriger ausfällt.“

Das bedeutet, kurzfristig eine viel kleinere Fluggesellschaft zu werden.“

Geschäftsführer der australischen Airline Qantas Alan Joyce über den Abbau von 6000 Stellen Seite 6

## STANDARDS

Rätsel, Leben in Wien . . . . . 11  
Sudoku, Sport . . . . . 12  
Edition Zukunft . . . . . 20  
Kultur . . . . . 21, 22  
TV, Switchlist . . . . . 25  
Wetter . . . . . 6

Westen: 15 bis 28°  
Süden: 14 bis 29°  
Norden: 13 bis 28°  
Osten: 14 bis 28°

## Zu locker genommen

Also, wo genau gilt jetzt noch die Maskenpflicht? In den Öffis ja, im Supermarkt nicht mehr, im Gesundheitsbereich inklusive Apotheken ja, bei Dienstleistungen, wo der eine Meter Abstand nicht eingehalten werden kann (Friseur, Taxi), auch. Ja, und ab demnächst müssen die Kellner auch keine Masken mehr tragen.

Schön für das Servierpersonal, schön auch für manche Gäste, für die die ungehinderte Nahkommunikation mit den Servierenden zu einem echten Gastroerlebnis gehört, für Aerosolscheue ein bisschen unbehaglich. Und für alle, die sich ein wenig auskennen, ein Experiment mit ungewissem Ausgang. Praktisch alle Experten, vom Virologen bis zu Szenarien-Mathematikern, sagen angesichts

der neuen Lockerungen, dass man aber schon weiterhin auf Abstandhalten und Händewaschen achten muss. Der Bundeskanzler rät, dass man die Masken nicht wegschmeißen soll, weil man sie vielleicht noch braucht, und der Gesundheitsminister meint launig, dass das Virus „nicht auf Urlaub“ sei.

## RAU

Mit einem Wort, da haben ein paar an beratender und/oder verantwortlicher Stelle eindeutig Bauchweh angesichts der weiteren Lockerungen. Aber gelockert wird trotzdem. Weil sonst die Leute rabiat werden. Und es wird an die Disziplin der Menschen appelliert. Wie ein Lokalaugenschein auf den Straßen zeigt, glauben aber doch schon ziemlich viele, dass jetzt alles vorbei sei. Ist es aber nicht.

## Abwarten beim Klimaschutz kostet Österreich Milliarden

Wien – Werden nicht rasch Maßnahmen gesetzt, um die Klimakrise einzudämmen, kommt das dem Staat teuer. So lautet das Fazit einer am Donnerstag präsentierten Studie der Universität Graz. Demnach verursacht die Klimakrise bereits heuer volkswirtschaftliche Kosten von rund 15 Milliarden Euro für die Republik.

Ohne Gegensteuern dürfte die Summe bis Mitte des Jahrhunderts deutlich anschwellen, warnen die Autoren. Sie empfehlen etwa eine frühere Einführung der geplanten CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) sieht in den Studienergebnissen „keinen Grund zur Freude“, das Papier sei ein „klarer Handlungsauftrag“ an die türkis-grüne Regierung. (red) Seite 16

visiting-mozart

Gratis Führung jeden Sonntag um 11:00 Uhr

1010 Wien | Domgasse 5  
Tel.: +43-1-512 17 91  
täglich 10 - 19 Uhr  
www.mozarthausvienna.at

MOZART HAUS VIENNA  
mit WIEN MUSEUM MOZARTWOHNUNG

Stad Wien wienholding

## „Dann darf man aber nicht jammern“



Foto: APA/Jaeger

Die Landwirtschaft trägt einen Gutteil zu den Treibhausgasemissionen bei, hat aber noch wenig auf die Klimawende reagiert. Der Ökonom Aiginger will Förderungen daran koppeln.

Bringen wir endlich Wirtschaft und Umwelt unter einen Hut? Wie es um die Öko-Wende in Österreich steht, ordnet der Ökonom **Karl Aiginger** im Interview ein. So viel vorweg: Da geht noch ein bisschen mehr.

INTERVIEW: *Andreas Sator*

Wenn man Karl Aiginger fragt, wie „grün“ die heimische Wirtschaft schon ist, dann hört er für sehr lange Zeit nicht mehr auf zu reden auf. Er ist seit vier Jahren nicht mehr Chef des Wifo, es hat sich viel getan.

**STANDARD:** Sie beschäftigen sich seit 30 Jahren mit ökosozialen Reformen – wo stehen wir?

**Aiginger:** Es geht endlich in die richtige Richtung. Sowohl in Österreich als auch mit dem Green Deal in Europa oder mit dem Verweigern einer Abwrackprämie in Deutschland. Die Konjunkturpakete muss man jetzt nutzen und nicht eine Autobahn bauen, die in fünf Jahren fertig ist, sondern noch heuer Heizungen austauschen.

**STANDARD:** Sie haben viele Reformen lange eingefordert, nun kommen manche. Der Jugend sei Dank?

**Aiginger:** Fridays for Future hat das breitenwirksam gemacht, die Millennials, die ja schon etwas älter sind, steigen ein, und auch die äl-

tere Generation hat heute schon ein schlechtes Gewissen, wenn sie sich einen Diesel oder Benziner kauft und mit Öl heizt. Auch die Arbeiterkammer war sich nie so sicher, ob das „Grüne“ nicht doch schlecht ist. Genau wie die Wirtschaftskammer. Jetzt ist aber allen klar, wir müssen etwas tun, und das ist auch gut für die Wirtschaft.

**STANDARD:** Sie wünschen sich mehr – was denn?

**Aiginger:** Der Lkw-Verkehr ist ein Problem, da muss man Emissionen bepreisen, damit der Markt wirkt. Jedem, der ein Auto mit Verbrennungsmotor kauft, muss klar sein, dass man den nicht mehr beliebig in den Innenstädten verwenden können wird. ÖAMTC und ARBÖ müssen ihren Mitgliedern klarmachen, dass man den Verbrenner in fünf Jahren nicht mehr zu einem ordentlichen Preis verkaufen kann. Niemand wird gehindert, ihn zu kaufen, aber dann darf man nicht jammern.

**STANDARD:** Also der Verkehr?

**Aiginger:** Ja, das Nächste ist das Fliegen. Wir wissen, das Flugzeug mit etwas anderem als Kerosin fliegen können. Es braucht sofort eine europäische Kerosinsteuer, Europa muss auch seine Partner dazu bringen, damit dann nicht alle in Russland landen. Österreich kann da mit der EU Vorrei-

hier gibt es fast gar keine Programme, Traktoren, Anbaumethoden, das ist alles nicht klimaneutral. Dabei ist die Landwirtschaft die größte Ausgabenposition der EU. Wenn wir schon so viele Förderungen ausbezahlen, dann muss das verbunden werden mit Bio-Anbau, kein Pestizideinsatz, wenige Düngemittel. Alles Sachen, die bisher nicht gegangen sind.

**STANDARD:** Und im Wohnbau?

**Aiginger:** Es darf kein Haus mehr gebaut werden ohne Photovoltaik-Anlage am Dach. Die Sanierung von Häusern muss schneller gehen, es braucht eine Sanierungsrate von fünf Prozent. Manches kann man sehr schnell machen, jetzt ist Geld da, das es in ein bis zwei Jahren vielleicht nicht mehr gibt. Bürogebäude müssen so gebaut werden, damit sie klimaneutral sind. Wir sehen jetzt, wir müssen nicht fünf Tage die Woche ins Büro. Die ganze Zeit daheim ist nicht ideal, aber jeden Tag ins Büro auch nicht. Man kann etliches auch im ländlichen Raum

machen, das ist gut für die Entwicklung dort.

**STANDARD:** Die ökosoziale Steuerreform soll erst 2022 kommen – was braucht es da?

**Aiginger:** CO<sub>2</sub> muss einfach sehr viel teurer werden. Es gibt auch noch immer vier bis fünf Milliarden Euro an indirekten fossilen Subventionen in Österreich. Die Pendlerpauschale sollte nicht für große fossile Autos gelten, wenn es eine Möglichkeit gibt, mit der Bahn zu fahren. Auch die niedrigen Gebühren für Flughäfen sind eine Subvention. Reduziert man diese Subventionen, hätten wir viel Geld für neue Technologien, für Gesundheit bis Windtechnologie, ohne dass wir die Steuern erhöhen müssten.

**KARL AIGINGER** ist Ökonom. Bis 2016 leitete er das Wifo, das größte Wirtschaftsforschungsinstitut des Landes.



ALLES GUT?  
WELTVERBESSERN FÜR ANFÄNGER

ter sein, ich weiß nicht, ob die Alternative Biosprit sein wird oder etwas anderes. Auch die Kurzflüge sind ein Unsinn, die werden sich aufhören, weil sie so teuer werden oder sogar verboten.

**STANDARD:** Die Landwirtschaft?

**Aiginger:** Die ist ein großer Emittent von Treibhausgasen, und

## Nichthandeln in Klimakrise kostet Milliarden

Folgekosten in Österreich dürften allein heuer 15 Milliarden Euro betragen

**Wien** – Die Klimakrise kommt Österreich teuer zu stehen, die Gesamtkosten nehmen jährlich drastisch zu. So lassen sich die Hauptaspekte einer am Donnerstag präsentierten Studie grob zusammenfassen. Die Wissenschaftler des Wegener Centers für Klima- und Klimawandelbedingte Schäden von bis zu 8,8 Milliarden Euro pro Jahr entstehen werden. Mittlerweile wurde die Rechnung inflationsbereinigt auf bis zu zwölf Milliarden nach oben korrigiert. Immerhin haben sich die jährlichen Kosten in dem Bereich seit 2015 bereits auf zwei Milliarden Euro verdoppelt. Hinzu kommen Kosten für Klimaanpassungsmaßnahmen, die von den Studienautoren heuer mit einer Milliarde Euro beziffert wurden.

Für die Studie wurden direkte und indirekte Folgekosten der Klimakrise analysiert, erklärt Co-Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger bei einer Pressekonferenz. Derzeit sei allerdings nur etwa die Hälfte der Wirklichkeiten monetär bewertbar, so Klimafonds-Chef Ingmar Höbarth. Viele Schäden für Umwelt und Mensch – wie etwa die steigende Rate an Hitzetoten – können nur schwer mit einem Preisschild versehen werden. „Corona hat gezeigt, dass Zuwarten teuer kommt“, sagte Steininger. Durch die Klimakrise würden sich Schäden zwar lang-

samer als bei Covid-19 manifestieren, seien aber größer.

Bereits vor fünf Jahren wurde eine ähnliche Studie präsentiert. Damals rechneten die Autoren noch damit, dass bis 2050 wetter- und klimawandelbedingte Schäden von bis zu 8,8 Milliarden Euro pro Jahr entstehen werden. Mittlerweile wurde die Rechnung inflationsbereinigt auf bis zu zwölf Milliarden nach oben korrigiert. Immerhin haben sich die jährlichen Kosten in dem Bereich seit 2015 bereits auf zwei Milliarden Euro verdoppelt. Hinzu kommen Kosten für Klimaanpassungsmaßnahmen, die von den Studienautoren heuer mit einer Milliarde Euro beziffert wurden.

**Milliarden für fossile Importe**

Miteinberechnet wurden auch fossile Importe, die laut Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) zu einem Wertschöpfungsverlust von acht Milliarden Euro pro Jahr führen. Klimaschädliche Subventionen wurden mit rund vier Milliarden Euro

bezieht, „ein großer Brocken“, so Gewessler. Die letzte Summe bezieht sich nach wie vor nicht auf Angaben der Regierung, sondern auf eine Wifo-Studie, die vor einigen Jahren entstanden ist. Eine Liste der tatsächlichen klimaschädlichen Subventionen hätten Umwelt- und Finanzministerium bereits vor einem Jahr vorlegen müssen. Noch ist sie ausständig.

Die Ergebnisse der Studie würden jedenfalls „keinen Grund zur Freude“ liefern, sagte die grüne Ministerin. Die Kosten des Nichthandelns seien „enorm“. Sie verstehe die Studie als „klaren Handlungsauftrag“ an die Regierung. Dieser gab das Wegener Center gleich mehrere Empfehlungen mit: Neben dem Abbau klimaschädlicher Subventionen, sprechen sich die Autoren für eine frühere Einführung einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung aus. Diese würde schließlich vorübergehend auch dabei helfen, die durch Corona-Unterstützungsmaßnahmen stark belasteten öffentlichen Budgets zu sanieren. (lauf)

## Zukunft beunruhigt Millennials

Junge haben wenig Hoffnung für Umwelt und Job

**Wien** – Viel Stress und eine große Sehnsucht nach Sicherheit: So fassen die Berater von Deloitte ihre Befragung von 18.400 Millennials in 43 Ländern zusammen. Tatsächlich bringt dieser Blick auf die Mittzwanziger bis Fröhndreißiger im Jobleben wesentlich mehr schlechte Nachrichten ans Licht als „ein bisschen Stress“. Die Jungen sorgen sich extrem um ihre Zukunft. Sie haben wenig Hoffnung für die Umwelt. Sie schreiben Unternehmen kaum noch Glaubwürdigkeit zu. Corona hat diese Trends angesichts stark gestiegenen Beschäftigungsverlustes und unsicherer wirtschaftlicher Prognose erwartungsgemäß noch verstärkt: Die Hälfte der Befragten weltweit hat durch Covid-19 den Job verloren oder musste unbezahlt Urlaub nehmen.

In Österreich erscheinen die Jungen sogar noch bedrückter als im internationalen Durchschnitt: Fast die Hälfte sagt, dass ihre Generation tendenziell unglücklicher ist als die vorige, sind also überzeugt, dass es ihnen schlech-

ter geht. Besonders gestresst sind die Befragten durch Sorgen um die Familie und die künftige finanzielle Sicherheit – Verlust- und Abstiegsängste sind also sehr groß. Fast ebenso negativ blicken die Millennials auf das Klima: Zwei Drittel halten die Umweltschäden für irreparabel.

**Den Planeten retten?**

In Österreich glauben nur 15 Prozent der Millennials, dass die gegenwärtigen Anstrengungen im Bereich Umweltschutz zielführend sein können, international sind zumindest 40 Prozent.

Hart fällt die Abrechnung dieser Generation, die auf dem Weg in die machtvollen Positionen der Arbeitswelt ist, mit Unternehmen aus. Nur 30 Prozent sehen „einen gesellschaftlichen Mehrwert“ der Wirtschaft. Und auch nur 22 Prozent sind überzeugt, dass sie für die digitale Arbeitswelt die passenden Qualifikationen haben. 46 Prozent glauben in Österreich, dass sie „teilweise“ richtig qualifiziert sind. (kbau) **Kommentar S. 28**

### FMA ermittelt gegen ams

Wien, Graz – Die Finanzmarktaufsicht (FMA) ermittelt gegen die Führung des Sensorikkonzerns ams wegen angeblich zweifelhafter Aktiengeschäfte bei der laufenden Übernahme des deutschen Lichtkonzerns Osram. Es werde Hinweisen von frustrierten Osram-Managern und Investoren nachgegangen. (APA)

### Wer folgt Centeno?

Brüssel – Um die Nachfolge von Eurogruppen-Chef Mário Centeno bewerben sich mindestens drei Kandidaten. Bis gestern erklärten neben der spanischen Wirtschaftsministerin Nadia Calviño auch die Finanzminister Irlands und Luxemburgs, Paschal Donohoe und Pierre Gramegna, ihre Kandidatur. Am 9. Juli wird entschieden. (APA)

### Weniger Blumenexport

Den Haag – Die Corona-Pandemie hat den Blumenexport der Niederlande einbrechen lassen. Im April sank der Export von Schnittblumen um 35 Prozent und der von Blumenzweibeln und Gartenpflanzen um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. (APA, dpa)



Kanzler Sebastian Kurz (l.) und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck gratulierten Harald Mahrer, dem alten und neuen WKÖ-Chef. Foto: WKÖ

## Mahrers Kür zum WKÖ-Präsidenten

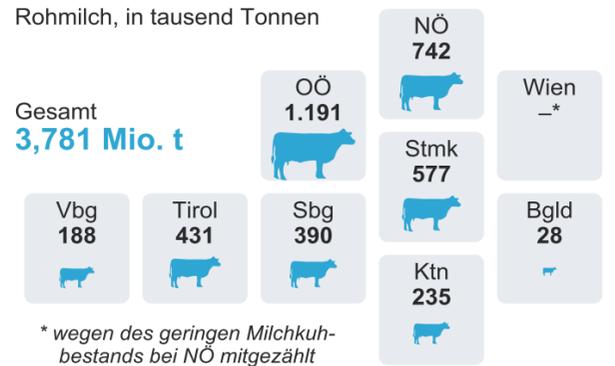
Wien – Harald Mahrer wurde gestern vom Wirtschaftsparlament für weitere fünf Jahre als Präsident der Wirtschaftskammer (WKÖ) eingesetzt, teilte die Wirtschaftskammer mit. Auch die neuen Vizepräsidenten – die Unternehmer Philipp Gady, Carmen Goby und Amelie Groß – wurden für ihre kommende Funktionsperiode bestellt. Die Zillertaler Unternehmerin Martha Schultz wurde als Vizepräsidentin bestätigt. Damit ist die Topunternehmerin erneut Stimme der Tiroler Wirtschaft. Lob für das „stark aufgestellte“ Team der Wirtschaftskammer kam Bundeskanzler Sebastian Kurz, der gestern bei der

Wiederwahl eine Rede vor dem Wirtschaftsparlament gehalten hat, sowie aus der Industrie. Auch Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich, gratulierte Mahrer. Kritik kam von den Wirtschaftsvertretern der Oppositionsparteien. So fordern die Unos, der Wirtschaftskammer-Flügel der NEOS, mehr Transparenz und eine Reform des Wahlrechts samt Direktwahl des WKÖ-Präsidenten. Die Freiheitliche Wirtschaft kritisierte zudem, dass die Corona-Hilfen für die Unternehmen nicht schnell genug ankommen und „an den realen Bedürfnissen der Betriebe“ vorbeigingen. (APA, TT)

# 2019 wurde weniger Milch produziert

Wien – Österreichs Kühe produzierten im Vorjahr zwar pro Kopf mehr Milch, in Summe gab es aber dennoch einen Rückgang der Milchproduktion. Ein Drittel der heimischen Milch wird in Oberösterreich gemolken, dahinter folgen Niederösterreich und die Steiermark. Nur 6,5 Prozent der produzierten Milch werden an Kälber und andere Tiere verfüttert, zeigen Zahlen der Statistik Austria. Der Bestand an Milchkuhgen 2019 um 2,1 Prozent auf 527.000 zurück, die Rohmilchproduktion sank um ein Prozent auf 3,781.000 Tonnen. Im Schnitt produzierte jede Kuh 7,2 Tonnen Milch, das entspricht einem Anstieg um 1,1 Prozent. Knapp 90 Prozent der Rohmilch gingen an die Molkereien, weitere 3,2 Prozent wurden ab Hof für den menschlichen Verzehr verkauft. Die Verwertung ab Hof ist damit leicht zurückgegangen. Etwa ein Prozent wird als Schwund verbucht. Im Vergleich zur Kuhmilch spielen Ziegen- und Schafmilch nur eine untergeordnete Rolle. Bei Ziegenmilch gab es einen Anstieg der Rohmilchproduktion um 1,6 Prozent auf 26.500 Tonnen. Die Anzahl der Milchziegen stieg um ein Prozent auf

### Milcherzeugung in Österreich 2019



### Verwendung



Quelle: Statistik Austria; Grafik: Austria Presse Agentur APA

39.000. Die Milchleistung lag bei 680 kg pro Jahr und damit unter einem Zehntel jener von Kühen. Knapp 90 Prozent der Ziegenmilch werden von Menschen konsumiert. Die Schafmilcherzeugung sank im Vorjahr um vier Prozent auf 12.200 Tonnen. Der Bestand an Milchschaafen ging um 0,6 Prozent auf 28.200 zurück. Im Gegensatz zu Kühen und Ziegen fiel die Milchleistung pro Tier auf durchschnittlich 432 kg (-3,4 Prozent). Rund 80 Prozent der Schafmilch dienen der menschlichen Ernährung. (APA)

Market indices: ATX 2249,61 +1,01%, DAX 12.177,87 +0,69%, SMI 10089,83 +0,68%, Dow Jones 25.744,71 +1,17%, Nasdaq 10.017,00 +1,09%, Nikkei 22.259,79 -1,22%

Table of stock market prices for various companies including Telekom Austria, UBM Realitäten, and others.

Table of international stock market indices for New York, London, and Zurich.

Table showing currency exchange rates: 1 Euro = 1,12 US Dollar, 1 Euro = 1,06 Schweizer Franken, 1 Euro = 120,31 Japanische Yen.

## „Klimaschutz-Starre“ kostet 15 Mrd. Euro

Studie ortet fossile Importe und Subventionen als Preistreiber.

Wien – 15 Milliarden Euro Verluste werden laut „COIN-Studie“ des Grazer Wegener Centers 2020 durch die Klimakrise in Österreich verursacht, zwei Milliarden davon allein durch Unweterschäden oder Schädlinge. Ergebnisse, die für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) kein „Grund zur Freude“, sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen. „COIN“ steht für „Cost of Inaction“, also für „Kosten des Nicht-Handelns“. Leitender Studienautor und Klimawissenschaftler Karl Steining nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz – wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. Das Ergebnis zeige, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden sei. (APA)



Klimawandel wird laut Studie zur Klimakrise. Foto: APA/Schlager

Table of financial data including EURIBOR rates, DEVISENKURSE (exchange rates), and NOTENKURSE (bond rates).

Table of financial data including FONDS (funds), ZINSSÄTZE EUROMARKT (interest rates), and ANLEIHEN (bonds).

Advertisement for Gold, Silver, and Platinum prices, including contact information for service providers.

"studium.at" gefunden am 25.06.2020 15:27 Uhr

## "Klimaschutz-Starre" kostet Österreich 2020 15 Mrd. Euro

**15 Milliarden Euro Verluste werden laut "COIN-Studie" des Grazer Wegener Centers 2020 durch die Klimakrise in Österreich verursacht, zwei Milliarden davon allein durch Unwetterschäden oder Schädlinge. Ergebnisse, die für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) kein "Grund zur Freude", sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.**

"COIN" steht für "Cost of Inaction" also für "Kosten des Nicht-Handelns". Leitender Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger, nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz - wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Gewessler warnte, dass die jährlichen Schäden laut Studie bis ins Jahr 2050 auf zwölf Milliarden Euro anwachsen werden.

"Schnelles Handeln wirkt"

Doch der Mittelpunkt der Präsentation war die Gegenwart, in der wir durch die Coronapandemie gelernt hätten, "wie sich eine Krise anfühlt", so Gewessler: "Wir haben gelernt, dass schnelles Handeln wirkt", ergänzte Studienautor Steininger, "bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender". Und diesen Schäden muss in Form von Anpassungsmaßnahmen begegnet werden, die wiederum eine Milliarde Kosten verursachen.

Um das "Verharren im fossilen System" zu Beenden, müsste eine CO2-Steuer in Form einer Emissionsbepreisung oder eine ökosoziale Steuerreform real werden - beides fehlt in Österreich aber noch. Jedoch würde hier das "noch" zu betonen sein, kündigte Gewessler an: Dass laut der Studie jährlich vier Milliarden für klimaschädliche Subventionen ausgegeben werden, soll bald Vergangenheit sein: Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt "kontraproduktive" Anreize dann wegfallen.

"Zäsur durch die Coronakrise"

"Es geht auch weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende", sagte Gewessler und die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiter zu gehen. Noch in diesem Sommer soll zudem das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: "Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung", so Jasmin Duregger, Klimaexpertin der NGO. "Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden", hieß es von Global 2000, die ähnliche Forderung an die Regierung stellte und dazu noch "eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022" forderten.

Service: Studie unter [https://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](https://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html) )

"ots.at" gefunden am 25.06.2020 12:15 Uhr

# Klimaschutzministerium: Nicht-Handeln im Kampf gegen Klimakrise kostet Österreich 15 Milliarden Euro jährlich

## Studie als klarer Auftrag auf dem Weg zu Klimaneutralität 2040

Wien (OTS) - Eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel im Auftrag des Klima- und Energiefonds zeigt die Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen betonen die AutorInnen.

Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Mrd. Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Mrd. Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Mrd. Euro) und Klimawandelanpassung (1 Mrd. Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Der leitende Studienautor Karl Steininger: „Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss.“

Mit-Autorin Nina Knittel: „Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen.“

Studie zum Download:

[http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html)

Rückfragen & Kontakt:

BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Mag.a Tina Newertal

Pressesprecherin der Bundesministerin

+43 664 9659 896 tina.newertal @ bmk.gv.at <https://www.bmk.gv.at>

"ots.at" gefunden am 25.06.2020 12:21 Uhr

## Greenpeace zu Klimakrise-Kosten Studie: Untätigkeit im Klimaschutz wird unleistbar

### **Umweltschutzorganisation sieht klaren Handlungsauftrag an Regierung - Klimaschutz und Wiederaufbau müssen verbunden, die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden**

Wien (OTS) - Die Umweltschutzorganisation Greenpeace bewertet die heute präsentierte Studie zu den drohenden Kosten der Untätigkeit im Angesicht der Klimakrise als klaren Handlungsauftrag an die Bundesregierung. Die vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel erstellte Studie zeigt klar: Unser Steuergeld, das zur Stärkung der Wirtschaft in Folge der Corona-Krise vom Staat ausgegeben wird, muss Klimaschutz immer zentral mitdenken. Die drohenden Kosten der Klimakrise werden sonst die Kosten der aktuellen Corona-Krise um ein Vielfaches übersteigen. Die Studie schlüsselt auf, welche Gelder heute für fossile Energie und andere klimaschädliche Aktivitäten verschwendet werden - nämlich rund 12 Milliarden Euro jährlich. Dem stellt sie die drohenden Folgekosten des Nichthandelns gegenüber und quantifiziert diese bis 2050 mit rund 20 Milliarden Euro jährlich. Um diese Kosten zu vermeiden, fordert Greenpeace sämtliche Gelder im Zuge des Wiederaufbaus klimakonform zu vergeben und die ohnehin geplante ökosoziale Steuerreform vorzuziehen.

“Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung. Diese Zukunft gilt es um jeden Preis zu vermeiden”, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace in Österreich. “Der Ball liegt bei der Bundesregierung und ihr Auftrag liegt auf der Hand: Sie muss die Konjunkturlösungen an klare Klimaschutzkriterien binden, die längst überfällige, ökosoziale Steuerreform vorziehen und möglichst rasch umsetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass wir nicht sehenden Auges in die nächste Krise laufen - die Klimakrise”.

Bereits heute sorgt die Klimakrise für hohe Kosten, sei es in Form von Ernteaufschlägen, Extremwetterereignissen oder Förderung für klimaschädliche Industrien. Die Studie zeigt dabei auch klar, wie rasant diese Dynamik an Fahrt aufnimmt. Lagen die jährlichen Kosten 2015 noch bei rund einer Milliarde Euro, so liegen sie heute bereits bei rund zwei Milliarden. Machen wir so weiter wie bisher, oder handeln wir zu zögerlich, dann multiplizieren sich diese Kosten in Zukunft noch um ein Vielfaches. Um diese explodierenden Kosten zu vermeiden, muss der Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasemissionen rasch gesenkt werden. Daher fordert Greenpeace, dass sämtliche Gelder, die im Zuge des Wiederaufbaus nach der Corona-Krise investiert werden, entweder direkt in den Klimaschutz gehen - wie etwa in die Sanierung von Häusern, öffentliche Verkehrsmittel und Radwege, oder zum Tausch von fossilen Heizsystemen wie Ölheizungen - oder an klare Klimaschutzbedingungen geknüpft sind, wie etwa das Streichen von Kurzstrecken bei Fluglinien. Darüber hinaus muss die im Regierungsprogramm für 2022 angekündigte Steuerreform vorgezogen werden. Dabei muss klimaschädliches CO<sub>2</sub> einen Preis bekommen, klimafreundliches Verhalten belohnt und die Menschen entlastet werden. Derartige Maßnahmen werden von einer überwiegenden Mehrheit der Menschen in Österreich auch klar befürwortet, wie eine kürzlich von Greenpeace in Auftrag gegebene Umfrage gezeigt hat.

Die vollständigen Ergebnisse der genannten Befragung finden Sie hier:

<https://bit.ly/GPKonjunkturpaketeUmfrage>

Rückfragen & Kontakt:

Jasmin Duregger

Klima- und Energieexpertin

Greenpeace in Central- and Eastern Europe

Tel: +43 (0) 664 840 3803

E-Mail: [jasmin.duregger @ greenpeace.org](mailto:jasmin.duregger@greenpeace.org)

Klara Maria Schenk

Pressesprecherin

Greenpeace CEE in Österreich

Tel.: + 43 (0)664 85 74 598

E-Mail: [klara.schenk @ greenpeace.org](mailto:klara.schenk@greenpeace.org)

"noen.at" gefunden am 25.06.2020 15:27 Uhr

## "Klimaschutz-Starre" kostet 15 Mrd. Euro 2020.

**15 Milliarden Euro Verluste werden laut "COIN-Studie" des Grazer Wegener Centers 2020 durch die Klimakrise in Österreich verursacht, zwei Milliarden davon allein durch Unwetterschäden oder Schädlinge. Ergebnisse, die für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) kein "Grund zur Freude", sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.**



*Gewessler sieht akuten Handlungsbedarf APA.*

"COIN" steht für "Cost of Inaction" also für "Kosten des Nicht-Handelns". Leitender Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger, nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz - wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Gewessler warnte, dass die jährlichen Schäden laut Studie bis ins Jahr 2050 auf zwölf Milliarden Euro anwachsen werden.

Doch der Mittelpunkt der Präsentation war die Gegenwart, in der wir durch die Coronapandemie gelernt hätten, "wie sich eine Krise anfühlt", so Gewessler - diese Zäsur müsse jetzt genutzt werden: "Wir haben gelernt, dass schnelles Handeln wirkt", ergänzte Studienautor Steininger, "bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender". Und diesen Schäden muss in Form von Anpassungsmaßnahmen begegnet werden, die wiederum eine Milliarde Kosten verursachen.

Um das "Verharren im fossilen System" zu Beenden, müsste eine CO<sub>2</sub>-Steuer in Form einer Emissionsbepreisung oder eine ökosoziale Steuerreform real werden - beides fehlt in Österreich aber noch. Jedoch würde hier das "noch" zu betonen sein, kündigte Gewessler an: Dass laut der Studie jährlich vier Milliarden für klimaschädliche Subventionen ausgegeben werden, soll bald Vergangenheit sein: Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt "kontraproduktive" Anreize dann wegfallen.

"Es geht auch weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende", sagte Gewessler und die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiter zu gehen. Noch in diesem Sommer soll zudem das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: "Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine

Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung", so Jasmin Duregger, Klimaexpertin der NGO. "Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden", hieß es von Global 2000, die ähnliche Forderung an die Regierung stellte und dazu noch "eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022" forderten.

"vol.at" gefunden am 25.06.2020 14:39 Uhr

# Klimaschutz-Abwarten kostet Österreich 15 Mrd. Euro im Jahr

**15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz.**



"Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ordnete einen klaren Handlungsauftrag.

Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

(APA)

"orf.at" gefunden am 25.06.2020 19:06 Uhr

## Richtig Reisen im Sommer 2020

**Nächste Woche ist in Ostösterreich bereits Zeugnisverteilung - die Sommerferien starten. Nur eben ist auch das heuer anders. Zwar wollen laut aktuellen Umfragen drei Viertel der Österreicherinnen und Österreicher auf Urlaub fahren, aber es bleiben doch viele Unsicherheiten. Bis zuletzt wird überlegt, ob man ins Ausland fahren soll.**

Im Gesundheitsministerium hat man heute Tipps für das richtige Verreisen in Corona-Zeiten präsentiert.

Gestaltung: Beate Tomassovits

Seit Tagen geht es hin und her zwischen Regierung und Experten, was man jetzt darf in diesem Sommer, ohne nach der Rückkehr vielleicht eine böse Überraschung zu erleben. Heuer lieber Urlaub in Österreich? Jetzt gibt es ein Handbuch, eine Art Leitfaden von der Regierung, wir haben heute früh im Morgenjournal berichtet.

Arbeitsrechts-Expertin Katharina Körber-Risak sagt im Ö1-Mittagsjournal, der Leitfaden sei ein Service, aber keine offizielle Stellungnahme des Ministeriums. Diese Informationen bringen keine Rechtsverbindlichkeit.

Generell abzuraten sei von Reisen in Länder der Sicherheitsstufe 5 und 6, dies sei als grob fahrlässig zu werten, so Körber-Risak.

Gestaltung: Andrea Maiwald

Erstmals gibt es heuer eine sogenannte Sommerschule. In den letzten beiden Ferienwochen sollen dort Schülerinnen und Schüler mit schlechten Deutschkenntnissen unterrichtet werden, oder auch jene, die aufgrund des Corona-bedingten Fernunterrichts in den vergangenen Monaten einen besonderen Aufholbedarf haben.

Knapp 22.000 Kinder haben sich für die Sommerschule angemeldet und damit mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler, die potentiell in Frage kommen.

Gestaltung: Monika Feldner-Zimmermann

Noch nie zuvor waren weltweit gesehen so viele Menschen auf der Flucht wie jetzt, das hat das UNO-Flüchtlingshilfswerk vor kurzem bekanntgegeben, Ein Drittel aller Menschen, die Asyl suchen, tut das in Europa, darauf hat die EU-Asylbehörde EASO aufmerksam gemacht. Sie hat heute ihren statistischen Bericht über das letzte Jahr vorgelegt.

Gestaltung: Peter Fritz, Brüssel

Nichts wird aus dem Treffen der Staatschefs Serbiens und des Kosovo am Wochenende im Weißen Haus in Washington. Hashim Thaci, Präsident des Kosovo, schon auf dem Weg in die USA, musste gestern umdrehen. Der Grund: seine Vergangenheit hat ihn eingeholt.

Die einstige Führungsfigur der kosovarischen Rebellenarmee UCK wird vom Kosovo-Sondergericht in Den Haag wegen Kriegsverbrechen angeklagt.

Auch wenn die Anklage noch nicht rechtskräftig ist, für Thaci kommt sie mitten in einer turbulenten Zeit, innenpolitisch hat er seinen schärfsten Widersacher ausgeschaltet, und die Gespräche mit Belgrad sind gerade in Gang gekommen.

Informationen von ORF-Balkan-Korrespondent Christian Wehrschütz.

Gestaltung: Christian Wehrschütz, Andrea Maiwald

Der Zahlungsverkehr-Anbieter Wirecard steht vor der Pleite. Nachdem in der Bilanz ein 1,9 Milliarden Euro Loch aufgetaucht ist, hat der Vorstand heute den Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt, Gestaltung: Birgit Schwarz, Berlin

Nach heftigen, Corona-bedingten Turbulenzen befindet sich die Lufthansa nun wieder im Steigflug. Denn vor der heutigen entscheidenden Hauptversammlung gibt es mehrere positive Nachrichten. Der größte Einzel-Aktionär der Lufthansa, Heinz Hermann Thiele dürfte nun dem Rettungspaket doch zustimmen und die Lufthansa damit die notwendigen neun Milliarden Staatshilfe bekommen.

Auch die EU hat heute diese staatliche Unterstützung genehmigt. Zudem hat sich die Konzernführung mit der Flugbegleiter-Gewerkschaft auf ein Sparpaket geeinigt.

Gestaltung: Andreas Jölli, Berlin

In Russland beginnt heute die Volksabstimmung über die von Präsident Putin initiierte Verfassungsreform. Sie hätte im April stattfinden sollen, wurde aber wegen Corona verschoben. Weil die Epidemie noch immer grassiert, darf nun eine ganze Woche lang abgestimmt werden, um Menschenansammlungen in den Wahllokalen zu vermeiden. Die Verfassungsreform beinhaltet rund 200 Änderungen, darunter Verbesserungen im Sozialbereich wie Pensionserhöhungen bis hin zu konservativ-traditionellen Bestimmungen wie dem Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Besonders umstritten ist die Reform jedoch, weil sie Wladimir Putin ermöglicht, noch für zwei weitere Amtszeiten zu kandidieren - womit Putin bis ins Jahr 2036 Präsident bleiben könnte. Carola Schneider hat sich zum heutigen Abstimmungsauftritt in einem Moskauer Wahllokal umgehört:

Gestaltung: Carola Schneider, Moskau

Der Skiort Ischgl in Tirol gilt als Hotspot, der maßgeblich zur Verbreitung des Coronavirus in Teilen Europas beigetragen haben soll. Wie weit sich das Virus bei der heimischen Bevölkerung ausgebreitet hat, das hat nun ein aktuelles Forschungsprojekt im Rahmen einer Antikörperstudie untersucht.

Mehr in

Gestaltung: Ruth Hutsteiner

Am Wiener Straflandesgericht hat heute der Stadterweiterungsfonds-Prozess begonnen. In der Causa sind der ehemalige Geschäftsführer des Fonds, ein ehemaliger und zwei amtierende Sektionschefs im Innenministerium angeklagt. Ihnen wird Untreue und in einem Fall Amtsmissbrauch vorgeworfen.

Laut Anklage sollen sie mehr als 1,1 Millionen Euro aus dem ursprünglich als Baufonds errichteten Fonds als Spenden verteilt haben. Und zwar an ihnen nahestehende Personen, Vereine und religiöse Einrichtungen.

Gestaltung: Veronika Mauler

Der unabhängige Parteien- und Transparenz-Senat im Bundeskanzleramt setzt mit ganz aktuellen Bescheiden neue und sehr strenge Maßstäbe in Sachen Parteienfinanzierung. Die FPÖ ist etwa zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden, weil die damalige Strache-Facebook-Seite 2017 zwar vom Klub betrieben, aber für die Partei genutzt worden ist. Auch die SPÖ muss wegen nicht als solche deklarierten Parteispenden zahlen.

Gestaltung: Stefan Kappacher

Gerade jetzt in der Krise in den Klimaschutz investieren, sonst wird es bald richtig teuer, das empfehlen dringend Experten vom Wegener Center der Universität Graz und der Meduni Wien in einer gemeinsamen Studie, die sie vor einer Stunde mit der Umweltministerin präsentiert haben. Ein Einblick in die Kosten, die auf uns alle zukommen, wenn wir die Chance jetzt nicht nützen:

Gestaltung: Nadja Hahn

Bringen die Corona-Hilfs-Pakete den Klimaschutz in Österreich weiter? Klima-Ökonom Karl Steininger vom Wegener-Center der Uni Graz, er hat die Studie geleitet, ist optimistisch. Er spricht von ersten Schritten. Die Ausgaben sollten einem Klimacheck unterzogen werden. Es sollte nur öffentliche Unterstützung geben, wenn es im allgemeinen Interesse steht.

Nicht handeln sei jedenfalls die teuerste Lösung, sagt Steininger im Ö1-Mittagsjournal-Interview, die Klimafolgen kämen langsamer als es die Corona-Pandemie war, eien aber anhaltend.

Gestaltung: Andrea Maiwald

Die Wiener Festwochen, die heuer Corona-bedingt abgesagt wurden, werden im September doch noch stattfinden - allerdings in komprimierter und verkleinerter Form. Unter dem Titel „festwochen. reframed“ werden ein Monat lang von 26. August bis 26. September insgesamt fünfzehn Produktionen aus dem Bereich Tanz, Musik, Theater und Performance gezeigt, vor allem schon fertige Gastspiele und ältere geplante Stücke. Die großen Koproduktionen werden aufs kommende Jahr verschoben.

Spielorte sind die Hallen E + G im Museumsquartier und einige Plätze im öffentlichen Bereich. Katharina Menhofer hat mit Festwochen-Intendant Christophe Slagmuylder gesprochen.

Gestaltung: Katharina Menhofer

"orf.at" gefunden am 25.06.2020 20:24 Uhr

## Studie: Abwarten beim Klimaschutz kostet Milliarden

**15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen „COIN“-Studie des Wegener**



Centers der Uni Graz. „Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude“, stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) heute bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.

Die Studie wurde vom Klima- und Energiefonds in Auftrag gegeben. Der Eigentümer des Fonds ist die Republik – vertreten durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)

„Klimawandel zur Klimakrise“

Leitender Autor und Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen.

So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. „Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist“, sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

„COIN“ steht dabei für „Cost of Inaction“, zu Deutsch „Kosten des Nichthandelns“ – um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: „Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende“. Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen sei auch ökonomisch vernünftig – und dazu müsse die „Zäsur durch die Coronakrise“ genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

Mehr dazu in [steiermark.ORF.at](http://steiermark.ORF.at) red, [ORF.at/](http://ORF.at/) Agenturen

"orf.at" gefunden am 25.06.2020 21:36 Uhr

## Studie: „Klimaschutz-Starre“ kommt Österreich teuer

**15 Milliarden Euro Verluste werden laut „COIN-Studie“ des Grazer Wegener Centers 2020 durch die Klimakrise in Österreich verursacht. Dies sei ein Handlungsauftrag an die Regierung, so Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne).**

COIN"steht für „Cost of Inaction“ also für „Kosten des Nicht-Handelns“. Leitender Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger, nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz – wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden.

Aus Wandel wurde Krise

„Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist“, sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Gewessler warnte, dass die jährlichen Schäden laut Studie bis ins Jahr 2050 auf zwölf Milliarden Euro anwachsen werden.

Gewessler: Zäsur jetzt nutzen

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) sieht kein „Grund zur Freude“, sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen. Doch der Mittelpunkt der Präsentation war die Gegenwart, in der wir durch die Coronapandemie gelernt hätten, „wie sich eine Krise anfühlt“, so Gewessler – diese Zäsur müsse jetzt genutzt werden: „Wir haben gelernt, dass schnelles Handeln wirkt“, ergänzte Studienautor Steininger, „bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender“. Und diesen Schäden muss in Form von Anpassungsmaßnahmen begegnet werden, die wiederum eine Milliarde Kosten verursachen.

„Verharren im fossilen System“ beenden

Um das „Verharren im fossilen System“ zu Beenden, müsste eine CO<sub>2</sub>-Steuer in Form einer Emissionsbepreisung oder eine ökosoziale Steuerreform real werden – beides fehlt in Österreich aber noch. Jedoch würde hier das „noch“ zu betonen sein, kündigte Gewessler an: Dass laut der Studie jährlich vier Milliarden für klimaschädliche Subventionen ausgegeben werden, soll bald Vergangenheit sein: Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt „kontraproduktive“ Anreize dann wegfallen.

„Es geht auch weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende“, sagte Gewessler und die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig – dazu müsse die „Zäsur durch die Coronakrise“ genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiter zu gehen. Noch in diesem Sommer soll zudem das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Greenpeace für Vorziehen der ökosozialen Steuerreform

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: „Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar – so wie eine CoV-Krise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung“, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin der NGO. „Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden“, hieß es von Global 2000, die ähnliche Forderung an die Regierung stellte und dazu noch „eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022“ forderten.

red, steiermark.ORF.at/ Agenturen

Link:

"kommunal.at" gefunden am 25.06.2020 14:18 Uhr

## Verkehr ist größter Problembereich für den Klimaschutz

**Mangelnder Klimaschutz kostet Österreich bereits jetzt 15 Milliarden Euro pro Jahr, wie eine Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel zeigt.**

Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe in der Höhe von acht Milliarden Euro, umweltschädliche Förderungen im Umfang von vier Milliarden Euro, wetter- und klimabedingte Schäden verursachen bereits Kosten von zwei Milliarden Euro und die Klimawandelanpassung kostet eine Milliarde Euro pro Jahr.

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

### Problemfall Verkehr

Der größte Problembereich beim Klimaschutz ist der Verkehr. Die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs waren im Vorjahr um rund zehn Millionen Tonnen höher als im Jahr 1990. Damit hat der Verkehr alle Einsparungen der anderen Sektoren wieder zunichte gemacht.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Der leitende Studienautor Karl Steininger: „Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss.“

„Wer Straßen ausbaut, wird mehr Verkehr ernten“

Der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) fordert ein sofortiges Ende der Steuerbegünstigung von Diesel, ein Vorziehen der ökosozialen Steuerreform und eine Infrastrukturpolitik, die im Einklang mit den Klimazielen steht. „Wir können uns mangelnden Klimaschutz nicht länger leisten“, stellt VCÖ-Expertin Ulla Rasmussen zu der Studie fest.

Der Verkehr könne seine Klimaziele nur erreichen, wenn weniger Auto gefahren und der Lkw-Verkehr reduziert wird, so Rasmussen. Die Steuerbegünstigungen, wie etwa auf Diesel oder auf die private Nutzung von Dienstwagen, sollten daher rasch beendet werden. Die ökosoziale Steuerreform mit der Entlastung des Faktors Arbeit und einer höheren Bepreisung von CO<sub>2</sub> sei vorzuziehen.

Zentral für das Mobilitätsverhalten ist aus Sicht des VCÖ die Infrastrukturpolitik. „Wer Straßen ausbaut, wird mehr Lkw- und Pkw-Verkehr ernten. Wir brauchen aber davon weniger. Die Infrastrukturpolitik muss rasch in Einklang mit den Klimazielen gebracht werden“, betont Expertin Rasmussen.

"klimafonds.gv.at" gefunden am 25.06.2020 14:33 Uhr

## Umschalten auf hohe Kontraste Schrift vergrößern

### **Klimaschutzministerium: Nicht-Handeln im Kampf gegen Klimakrise kostet Österreich 15 Milliarden Euro jährlich**

Studie als klarer Auftrag auf dem Weg zu Klimaneutralität 2040

Eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel im Auftrag des Klima- und Energiefonds zeigt die Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen betonen die AutorInnen.

Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Mrd. Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Mrd. Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Mrd. Euro) und Klimawandelanpassung (1 Mrd. Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler : „Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Der leitende Studienautor Karl Steininger : „Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss.“

Mit-Autorin Nina Knittel: „Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen.“

"nachrichten.at" gefunden am 25.06.2020 14:42 Uhr

## Klimakrise: Nicht Handeln kostet Österreich 15 Milliarden pro Jahr

**WIEN. 15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz.**



Symbolbild. Bild: Erwin Wodicka - BilderBox.com



"Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und sah einen klaren Handlungsauftrag.

"Klimawandel wurde Klimakrise"

Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

Lesen Sie die tagesaktuelle ePaper-Ausgabe der OÖNachrichten - jetzt gleich digital durchblättern!

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

"umweltjournal.sciam.at" gefunden am 25.06.2020 16:15 Uhr

## Nicht-Handeln im Kampf gegen Klimakrise kostet Österreich 15 Milliarden Euro jährlich

**Eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel im Auftrag des Klima- und Energiefonds zeigt die Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen betonen die AutorInnen.**



Wien (OTS) – Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Mrd. Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Mrd. Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Mrd. Euro) und Klimawandelanpassung (1 Mrd. Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Der leitende Studienautor Karl Steininger: „Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss.“

Mit-Autorin Nina Knittel: „Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen.“

Studie zum Download: [http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html)

Teilen Sie diesen Beitrag als erste/r!

"kleinezeitung.at" gefunden am 25.06.2020 14:33 Uhr

## Klimaschutz-Abwarten kostet Österreich 15 Mrd. Euro im Jahr

**15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz. "Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.**

Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

"diepresse.com" gefunden am 25.06.2020 18:30 Uhr

## Klimaschutz: Die Kosten des Nichtstuns

**Das Zögern beim Klimaschutz beschere Österreich jedes Jahr 15 Milliarden Euro an Verlusten, rechnen Klimaforscher vom Grazer Wegener Center vor.**

Sogenannte „umweltschädliche Subventionen“ sollen schon 2021 fallen.

Wien . Klimaschutz ist teuer. So viel ist bekannt. Seit Donnerstag gibt es aber auch Klarheit darüber, was es Österreich kostet, auf Klimaschutz zu verzichten. 15 Milliarden Euro an Verlusten würden 2020 durch den Klimawandel im Land verursacht, so das Ergebnis der „COIN-Studie“ des Grazer Wegener Centers. Zwei Milliarden Euro davon alleine durch Unwetter oder Schädlinge. Als vor fünf Jahren die erste derartige Kostenabschätzung berechnet wurde, lagen die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden noch bei einer Milliarde. Bis 2050 könnten die Schäden laut der Studie auf zwölf Milliarden Euro im Jahr anwachsen.

Weitere Kostenblöcke sind der Import fossiler Energieträger und die damit verbundenen Wertschöpfungsverluste (acht Milliarden Euro im Jahr), umweltschädliche Subventionen (vier Milliarden Euro im Jahr) und die Kosten für die Anpassung an den Klimawandel (eine Milliarde im Jahr).

„Schnelles Handeln wirkt“

„Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist“, sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Die grüne Umweltministerin Leonore Gewessler sah in den Ergebnissen keinen „Grund zur Freude“, sondern einen Handlungsauftrag an die Regierung, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.

In der Coronakrise hätte das Land „gelernt, dass schnelles Handeln wirkt“, sagte der leitende Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger. „Bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender“. Um das „Verharren im fossilen System“ zu beenden, müsste eine CO2-Steuer oder eine ökosoziale Steuerreform real werden.

Eine entsprechende Steuerreform stellte Leonore Gewessler ebenso in Aussicht, wie den Abbau der umweltschädlichen Subventionen. Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt „kontraproduktive“ Anreize wegfallen. Es sei „ökonomisch vernünftig“, die Auswirkungen des Klimawandels zu bekämpfen.

Weitere Kernpunkte im Kampf gegen den Klimawandel seien der Ausbau erneuerbarer Energie und die Verkehrs- und Mobilitätswende. Noch in diesem Sommer soll das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Steuerreform vorziehen

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: „Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar – so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung“, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace. „Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden“, hieß es von Global 2000, das ähnliche Forderung stellt und dazu noch „eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022“ verlangt. (auer/ag)

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 26.06.2020)

*Im Bild: Ein durch Unwetter zerstörtes Feld. (c) APA/HELMUT FOHRINGER*

"vienna.at" gefunden am 25.06.2020 14:57 Uhr Von: 0 Kommentare 25.06.2020 14:26 (Akt. 25.06.2020 14:26)

## Klimaschutz-Abwarten kostet Österreich 15 Mrd. Euro im Jahr

**15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz. "Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.**



Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

(APA)

"volksblatt.at" gefunden am 25.06.2020 14:39 Uhr

## Klimaschutz-Abwarten kostet Österreich 15 Mrd. Euro im Jahr

**15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener**

Centers der Uni Graz. "Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.

Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" – um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig – und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

"bvz.at" gefunden am 25.06.2020 15:24 Uhr

## "Klimaschutz-Starre" kostet 15 Mrd. Euro 2020 .

**15 Milliarden Euro Verluste werden laut "COIN-Studie" des Grazer Wegener Centers 2020 durch die Klimakrise in Österreich verursacht, zwei Milliarden davon allein durch Unwetterschäden oder Schädlinge. Ergebnisse, die für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) kein "Grund zur Freude", sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.**



*Gewessler sieht akuten Handlungsbedarf*



"COIN" steht für "Cost of Inaction" also für "Kosten des Nicht-Handelns". Leitender Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger, nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz - wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Gewessler warnte, dass die jährlichen Schäden laut Studie bis ins Jahr 2050 auf zwölf Milliarden Euro anwachsen werden.

Doch der Mittelpunkt der Präsentation war die Gegenwart, in der wir durch die Coronapandemie gelernt hätten, "wie sich eine Krise anfühlt", so Gewessler - diese Zäsur müsse jetzt genutzt werden: "Wir haben gelernt, dass schnelles Handeln wirkt", ergänzte Studienautor Steininger, "bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender". Und diesen Schäden muss in Form von Anpassungsmaßnahmen begegnet werden, die wiederum eine Milliarde Kosten verursachen.

Um das "Verharren im fossilen System" zu Beenden, müsste eine CO<sub>2</sub>-Steuer in Form einer Emissionsbepreisung oder eine ökosoziale Steuerreform real werden - beides fehlt in Österreich aber noch. Jedoch würde hier das "noch" zu betonen sein, kündigte Gewessler an: Dass laut der Studie jährlich vier Milliarden für klimaschädliche Subventionen ausgegeben werden, soll bald Vergangenheit sein: Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll

umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt "kontraproduktive" Anreize dann wegfallen.

"Es geht auch weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende", sagte Gewessler und die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiter zu gehen. Noch in diesem Sommer soll zudem das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: "Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung", so Jasmin Duregger, Klimaexpertin der NGO. "Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden", hieß es von Global 2000, die ähnliche Forderung an die Regierung stellte und dazu noch "eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022" forderten.

"brandaktuell.at" gefunden am 25.06.2020 12:15 Uhr

## Klimaschutzministerium: Nicht-Handeln im Kampf gegen Klimakrise kostet Österreich 15 Milliarden Euro jährlich

**Wien (OTS) – Eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel im Auftrag des Klima- und Energiefonds zeigt die Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen betonen die AutorInnen.**



Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Mrd. Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Mrd. Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Mrd. Euro) und Klimawandelanpassung (1 Mrd. Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Der leitende Studienautor Karl Steininger: „Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss.“

Mit-Autorin Nina Knittel: „Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen.“

Studie zum Download:

[ [http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html) ]

( [http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html) )

"brandaktuell.at" gefunden am 25.06.2020 12:21 Uhr

## Greenpeace zu Klimakrise-Kosten Studie: Untätigkeit im Klimaschutz wird unleistbar

**Wien (OTS) – Die Umweltschutzorganisation Greenpeace bewertet die heute präsentierte Studie zu den drohenden Kosten der Untätigkeit im Angesicht der**



Klimakrise als klaren Handlungsauftrag an die Bundesregierung. Die vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel erstellte Studie zeigt klar: Unser Steuergeld, das zur Stärkung der Wirtschaft in Folge der Corona-Krise vom Staat ausgegeben wird, muss Klimaschutz immer zentral mitdenken. Die drohenden Kosten der Klimakrise werden sonst die Kosten der aktuellen Corona-Krise um ein Vielfaches übersteigen. Die Studie schlüsselt auf, welche Gelder heute für fossile Energie und andere klimaschädliche Aktivitäten verschwendet werden – nämlich rund 12 Milliarden Euro jährlich. Dem stellt sie die drohenden Folgekosten des Nichthandelns gegenüber und quantifiziert diese bis 2050 mit rund 20 Milliarden Euro jährlich. Um diese Kosten zu vermeiden, fordert Greenpeace sämtliche Gelder im Zuge des Wiederaufbaus klimakonform zu vergeben und die ohnehin geplante ökosoziale Steuerreform vorzuziehen.

“Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar – so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung. Diese Zukunft gilt es um jeden Preis zu vermeiden”, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace in Österreich. “Der Ball liegt bei der Bundesregierung und ihr Auftrag liegt auf der Hand: Sie muss die Konjunkturlösungen an klare Klimaschutzkriterien binden, die längst überfällige, ökosoziale Steuerreform vorziehen und möglichst rasch umsetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass wir nicht sehenden Auges in die nächste Krise laufen – die Klimakrise”.

Bereits heute sorgt die Klimakrise für hohe Kosten, sei es in Form von Ernteaussfällen, Extremwetterereignissen oder Förderung für klimaschädliche Industrien. Die Studie zeigt dabei auch klar, wie rasant diese Dynamik an Fahrt aufnimmt. Lagen die jährlichen Kosten 2015 noch bei rund einer Milliarde Euro, so liegen sie heute bereits bei rund zwei Milliarden. Machen wir so weiter wie bisher, oder handeln wir zu zögerlich, dann multiplizieren sich diese Kosten in Zukunft noch um ein Vielfaches. Um diese explodierenden Kosten zu vermeiden, muss der Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasemissionen rasch gesenkt werden. Daher fordert Greenpeace, dass sämtliche Gelder, die im Zuge des Wiederaufbaus nach der Corona-Krise investiert werden, entweder direkt in den Klimaschutz gehen – wie etwa in die Sanierung von Häusern, öffentliche Verkehrsmittel und Radwege, oder zum Tausch von fossilen Heizsystemen wie Ölheizungen – oder an klare Klimaschutzbedingungen geknüpft sind, wie etwa das Streichen von Kurzstrecken bei Fluglinien. Darüber hinaus muss die im Regierungsprogramm für 2022 angekündigte Steuerreform vorgezogen werden. Dabei muss klimaschädliches CO<sub>2</sub> einen Preis bekommen, klimafreundliches Verhalten belohnt und die Menschen entlastet werden. Derartige Maßnahmen werden von einer überwiegenden Mehrheit der Menschen in Österreich auch klar befürwortet, wie eine kürzlich von Greenpeace in Auftrag gegebene Umfrage gezeigt hat.

Die vollständigen Ergebnisse der genannten Befragung finden Sie hier:

<https://bit.ly/GPKonjunkturpaketeUmfrage>

"k.at" gefunden am 25.06.2020 15:33 Uhr

# Abwarten beim Klimaschutz kostet Österreich 15 Mrd. im Jahr

**15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz.**



Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz. "Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag. Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

"top-news.at" gefunden am 25.06.2020 13:18 Uhr

# Klimaschutzministerium: Nicht-Handeln im Kampf gegen Klimakrise kostet Österreich 15 Milliarden Euro jährlich

## Studie als klarer Auftrag auf dem Weg zu Klimaneutralität 2040



Wien (OTS) – Eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel im Auftrag des Klima- und Energiefonds zeigt die Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen betonen die AutorInnen.

Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Mrd. Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Mrd. Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Mrd. Euro) und Klimawandelanpassung (1 Mrd. Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Der leitende Studienautor Karl Steininger: „Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss.“

Mit-Autorin Nina Knittel: „Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen.“

Studie zum Download:

[[http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html)]

([http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html))

BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Mag.a Tina Newertal

Pressesprecherin der Bundesministerin

+43 664 9659 896 [tina.newertal@bmk.gv.at](mailto:tina.newertal@bmk.gv.at) <https://www.bmk.gv.at>

"top-news.at" gefunden am 25.06.2020 13:21 Uhr

## Greenpeace zu Klimakrise-Kosten Studie: Untätigkeit im Klimaschutz wird unleistbar

**Umweltschutzorganisation sieht klaren Handlungsauftrag an Regierung – Klimaschutz und Wiederaufbau müssen verbunden, die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden**



Wien (OTS) – Die Umweltschutzorganisation Greenpeace bewertet die heute präsentierte Studie zu den drohenden Kosten der Untätigkeit im Angesicht der Klimakrise als klaren Handlungsauftrag an die Bundesregierung. Die vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel erstellte Studie zeigt klar: Unser Steuergeld, das zur Stärkung der Wirtschaft in Folge der Corona-Krise vom Staat ausgegeben wird, muss Klimaschutz immer zentral mitdenken. Die drohenden Kosten der Klimakrise werden sonst die Kosten der aktuellen Corona-Krise um ein Vielfaches übersteigen. Die Studie schlüsselt auf, welche Gelder heute für fossile Energie und andere klimaschädliche Aktivitäten verschwendet werden – nämlich rund 12 Milliarden Euro jährlich. Dem stellt sie die drohenden Folgekosten des Nichthandelns gegenüber und quantifiziert diese bis 2050 mit rund 20 Milliarden Euro jährlich. Um diese Kosten zu vermeiden, fordert Greenpeace sämtliche Gelder im Zuge des Wiederaufbaus klimakonform zu vergeben und die ohnehin geplante ökosoziale Steuerreform vorzuziehen.

“Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar – so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung. Diese Zukunft gilt es um jeden Preis zu vermeiden”, so Jasmin Duregger, Klimaexpertin bei Greenpeace in Österreich. “Der Ball liegt bei der Bundesregierung und ihr Auftrag liegt auf der Hand: Sie muss die Konjunkturlösungen an klare Klimaschutzkriterien binden, die längst überfällige, ökosoziale Steuerreform vorziehen und möglichst rasch umsetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass wir nicht sehenden Auges in die nächste Krise laufen – die Klimakrise”.

Bereits heute sorgt die Klimakrise für hohe Kosten, sei es in Form von Ernteausfällen, Extremwetterereignissen oder Förderung für klimaschädliche Industrien. Die Studie zeigt dabei auch klar, wie rasant diese Dynamik an Fahrt aufnimmt. Lagen die jährlichen Kosten 2015 noch bei rund einer Milliarde Euro, so liegen sie heute bereits bei rund zwei Milliarden. Machen wir so weiter wie bisher, oder handeln wir zu zögerlich, dann multiplizieren sich diese Kosten in Zukunft noch um ein Vielfaches. Um diese explodierenden Kosten zu vermeiden, muss der Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasemissionen rasch gesenkt werden. Daher fordert Greenpeace, dass sämtliche Gelder, die im Zuge des Wiederaufbaus nach der Corona-Krise investiert werden, entweder direkt in den Klimaschutz gehen – wie etwa in die Sanierung von Häusern, öffentliche Verkehrsmittel und Radwege, oder zum Tausch von fossilen Heizsystemen wie Ölheizungen – oder an klare Klimaschutzbedingungen geknüpft sind, wie etwa das Streichen von Kurzstrecken bei Fluglinien. Darüber hinaus muss die im Regierungsprogramm für 2022 angekündigte Steuerreform vorgezogen werden. Dabei muss klimaschädliches CO<sub>2</sub> einen Preis bekommen, klimafreundliches Verhalten belohnt und die Menschen entlastet werden. Derartige

Maßnahmen werden von einer überwiegenden Mehrheit der Menschen in Österreich auch klar befürwortet, wie eine kürzlich von Greenpeace in Auftrag gegebene Umfrage gezeigt hat.

Die vollständigen Ergebnisse der genannten Befragung finden Sie hier:

<https://bit.ly/GPKonjunkturpaketeUmfrage>

Jasmin Duregger

Klima- und Energieexpertin

Greenpeace in Central- and Eastern Europe

Tel: +43 (0) 664 840 3803

E-Mail: [jasmin.duregger@greenpeace.org](mailto:jasmin.duregger@greenpeace.org)

Klara Maria Schenk

Pressesprecherin

Greenpeace CEE in Österreich

Tel.: + 43 (0)664 85 74 598

E-Mail: [klara.schenk@greenpeace.org](mailto:klara.schenk@greenpeace.org)

"science.apa.at" gefunden am 25.06.2020 12:21 Uhr

## Klimaschutzministerium: Nicht-Handeln im Kampf gegen Klimakrise kostet Österreich 15 Milliarden Euro jährlich

**Wien (BMK) - Eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel im Auftrag des Klima- und Energiefonds zeigt die Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen betonen die AutorInnen.**

Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Mrd. Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Mrd. Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Mrd. Euro) und Klimawandelanpassung (1 Mrd. Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: "Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen."

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: "Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden."

Der leitende Studienautor Karl Steininger: "Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss."

Mit-Autorin Nina Knittel: "Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen."

Studie zum Download:

[http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](http://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html)

Rückfragehinweis:

BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Mag.a Tina Newertal

Pressesprecherin der Bundesministerin

+43 664 9659 896 [tina.newertal@bmk.gv.at](mailto:tina.newertal@bmk.gv.at) <https://www.bmk.gv.at>

Digitale Pressemappe:

<http://www.ots.at/pressemappe/47/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

"science.apa.at" gefunden am 25.06.2020 15:15 Uhr

# "Klimaschutz-Starre" kostet Österreich 2020 15 Mrd. Euro

**Wien (APA) - 15 Milliarden Euro Verluste werden laut "COIN-Studie" des Grazer Wegener Centers 2020 durch die Klimakrise in Österreich verursacht, zwei**



Milliarden davon allein durch Unwetterschäden oder Schädlinge. Ergebnisse, die für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) kein "Grund zur Freude", sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.

"COIN" steht für "Cost of Inaction" also für "Kosten des Nicht-Handelns". Leitender Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger, nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz - wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Gewessler warnte, dass die jährlichen Schäden laut Studie bis ins Jahr 2050 auf zwölf Milliarden Euro anwachsen werden.

"Schnelles Handeln wirkt"

Doch der Mittelpunkt der Präsentation war die Gegenwart, in der wir durch die Coronapandemie gelernt hätten, "wie sich eine Krise anfühlt", so Gewessler: "Wir haben gelernt, dass schnelles Handeln wirkt", ergänzte Studienautor Steininger, "bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender". Und diesen Schäden muss in Form von Anpassungsmaßnahmen begegnet werden, die wiederum eine Milliarde Kosten verursachen.

Um das "Verharren im fossilen System" zu Beenden, müsste eine CO2-Steuer in Form einer Emissionsbepreisung oder eine ökosoziale Steuerreform real werden - beides fehlt in Österreich aber noch. Jedoch würde hier das "noch" zu betonen sein, kündigte Gewessler an: Dass laut der Studie jährlich vier Milliarden für klimaschädliche Subventionen ausgegeben werden, soll bald Vergangenheit sein: Es werde bereits an der ökosoziale Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt "kontraproduktive" Anreize dann wegfallen.

"Zäsur durch die Coronakrise"

"Es geht auch weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende", sagte Gewessler und die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiter zu gehen. Noch in diesem Sommer soll zudem das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: "Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung", so Jasmin Duregger, Klimaexpertin der NGO. "Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden", hieß es von Global 2000, die ähnliche Forderung an die Regierung stellte und dazu noch "eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022" forderten.

Service: Studie unter [https://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin\\_studie.html](https://www.bmk.gv.at/themen/klima/klimaschutz/coin_studie.html) )

"bmk.gv.at" gefunden am 25.06.2020 11:34 Uhr

# Innovationschance Coronakrise und die Kosten des Nicht-Handelns

**Bei einer Pressekonferenz am 25. Juni 2020 mit Klimaschutzministerin Gewessler, Klima- und Energiefonds Geschäftsführer Ingmar Höbarth, Studienautor Karl W. Steiniger und Studienautorin Nina Knittel der**

TU

Graz wurde die Studie dazu vorgestellt.

Die Klimakrise ist für uns alle spürbar und allgegenwärtig. Die Studie „Klimapolitik in Österreich“ liefert uns valide Daten zur Klimakrise, nämlich wie viele Kosten Österreich durch ein Nicht-Handeln beim Klimaschutz und die Bindung an fossile Energieträger jährlich bezahlen muss. Aktuell im Jahr 2020 belaufen sich diese Kosten bereits auf 15 Milliarden Euro. Eine Aufgliederung dieser Kosten sowie die eine Abschätzung bis 2050 findet sich untenstehend.

Der wirtschaftliche Einbruch infolge der Corona-Krise war gravierend und übertrifft jenen der letzten Wirtschaftskrise 2007–2009 deutlich. Die Notwendigkeit einer Stimulierung der Nachfrage durch die öffentliche Hand ist unumstritten. Investitionen in den Klimaschutz wirken aktuell doppelt: für die regionale Wirtschaft und Arbeitsplätze und für unser Klima.

Die Studie „Klimapolitik in Österreich: Kosten des Nicht-Handelns“ wurde vom Klima- und Energiefonds beauftragt und vom BMK finanziert.

Fazit der Studie

Die Klimakrise sowie die derzeit vorherrschende Bindung (Lock-In) an fossile Energieträger, Technologien und Strukturen verursachen volkswirtschaftliche Kosten in Milliardenhöhe. Schon jetzt, im Jahr 2020, sind wir mit insgesamt rund 15 Milliarden Euro Folgekosten konfrontiert. Das heißt, durch fossile Importe entstehen Wertschöpfungsverluste in Höhe von rund 8 Milliarden Euro jährlich, umweltschädliche Förderungen belasten das öffentliche Budget mit rund 4 Milliarden Euro jährlich, Klimawandelanpassung kostet die öffentlichen Budgets rund 1 Milliarden Euro jährlich, wetter- und klimawandelbedingte Schäden liegen bei zumindest 2 Milliarden Euro im Jahresdurchschnitt.

Der Auftrag ist eindeutig: Wir müssen handeln! Wenn wir nicht jetzt akut Maßnahmen setzen, sind wir mit Kosten in Milliardenhöhen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten konfrontiert.

Ergebnisse im Detail

Auswirkungen des Nicht-Handelns in der Klimakrise belasten das öffentliche Budget: durch Ausgaben für klimakrisenbedingte Schäden, Klimawandelanpassung, schwer abschätzbare Kosten im Falle der Nichterfüllung österreichischer Ziele in der EU-Klima- und Energiepolitik und Kosten verursacht durch weitergeführte klimaschädliche Maßnahmen. Die Folgen der Klimakrise führen zu volkswirtschaftlichen Schäden und so zu geringeren Steuereinnahmen. Letztere lassen sich für 2050 mit rund 700 Millionen Euro pro Jahr beziffern. Wettbewerbsnachteile über den fossilen Lock-In ergeben sich ebenfalls.

Wetter- und klimawandelbedingte Schäden werden bis 2030 im Bereich von zumindest 3 bis 6 Milliarden Euro jährlich erwartet, bis 2050 im Bereich von zumindest rund 6 bis 12 Milliarden Euro jährlich.

Bereits heute (2020) fallen durch Schäden und Klimawandelanpassung Ausgaben von rund 1 Milliarde Euro jährlich an und diese Kosten werden sich bis 2030 auf mehr als 1,5 Milliarden Euro pro Jahr und bis 2050 auf mehr als 2 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen.

Zusätzlich belasten klimaschädliche Unterstützungsmaßnahmen in den Bereichen Energie und Verkehr das öffentliche Budget mit bis zu 4,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Österreichs Beiträge für den internationalen Klimaschutz stehen derzeit bei rund 220 Millionen Euro pro Jahr und dürften sich bis 2030 verdoppeln und bis 2050 vervierfachen.

Die Studie zeigt wichtige Handlungsoptionen auf

Klimaschutz-Konjunkturpaket zur öffentlichen Nachfragestimulierung in sehr großem Umfang und als Investition in zukunftsfähige Strukturen in den Bereichen Mobilität, Gebäude, Energie und industrielle Produktion.

Energie- und Mobilitätswende: Umbau der Infrastruktur für Mobilität, Gebäude, Energie und Industrieproduktion in Richtung klimafreundliche/-robuste Zukunft

Abbau umweltschädlicher Subventionen und CO<sub>2</sub>-Bepreisung

Lock-In Effekte über Innovationen verhindern

Durchgeführt wurde die Studie von namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Österreichs: Karl W. Steininger und Birgit Bednar-Friedl (beide: Universität Graz, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel und Institut für Volkswirtschaftslehre), weitere Autor\*innen: Nina Knittel, Gottfried Kirchengast, Stefan Nabernegg, Keith Williges (alle: Universität Graz, Wegener Center), Roland Mestel (Universität Graz, Banken und Finanzierung), Hans-Peter Hutter (Medizinische Universität Wien) und Lukas Kenner (Medizinische Universität und Veterinärmedizinische Universität Wien).

"bmk.gv.at" gefunden am 25.06.2020 14:54 Uhr

## Nicht-Handeln im Kampf gegen Klimakrise kostet Österreich 15 Milliarden Euro jährlich Studie als klarer Auftrag auf dem Weg zu Klimaneutralität 2040

**Eine aktuelle Studie des Wegener Centers für Klima und Globalen Wandel im Auftrag des Klima- und Energiefonds zeigt die Kosten des Nicht-Handelns im Klimaschutz. Bereits jetzt würden Österreich jährlich 15 Milliarden Euro entgehen betonen die Autorinnen und Autoren.**

Verursacht werden diese Kosten durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe (8 Milliarden Euro), umweltschädliche Förderungen (4 Milliarden Euro), wetter- und klimabedingte Schäden (2 Milliarden Euro) und Klimawandelanpassung (1 Milliarde Euro).

Bis 2050 prognostiziert die Studie ein Anwachsen auf 20 Milliarden Euro. Dabei betreffen die Auswirkungen der Klimakrise und des Festhaltens an fossilen Systemen das öffentliche Budget, die heimische Wirtschaft und unsere Gesundheit massiv.

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler: „Die Studie macht deutlich, wie viel für Österreich durch die Klimakrise auf dem Spiel steht. 15 Milliarden Euro an Kosten, die bereits jetzt anfallen, sind ein klarer Handlungsauftrag. Wir müssen jetzt in den Klimaschutz investieren und den Weg zur Klimaneutralität 2040 konsequent gehen.“

Klima- und Energiefonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth sieht sich durch die Analyse in der Programmstrategie bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Der leitende Studienautor Karl Steininger: „Aus der Corona-Krise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden durch den Klimawandel sind noch massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind enorm: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise ist jene Zäsur, die staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen lenken kann und muss.“

Mit-Autorin Nina Knittel: „Die Covid-19-Krise verdeutlicht, wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine, offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von Importzulieferern und ExportabnehmerInnen. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken und internationale Beiträge zum Klimaschutz steigen lassen.“

"puls24.at" gefunden am 25.06.2020 14:45 Uhr

## Klimaschutz-Abwarten kostet Österreich 15 Mrd. Euro im Jahr

**Vor 16 Minuten · Lesedauer 2 min 15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz.**



*puls24.at LIVE*



Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz. "Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.

Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

News

"puls24.at" gefunden am 25.06.2020 15:27 Uhr

## "Klimaschutz-Starre" kostet Österreich 15 Mrd. Euro 2020

**Vor 22 Minuten · Lesedauer 3 min 15 Milliarden Euro Verluste werden laut "COIN-Studie" des Grazer Wegener Centers 2020 durch die Klimakrise**



APA - Austria Presse Agentur



in Österreich verursacht, zwei Milliarden davon allein durch Unwetterschäden oder Schädlinge. Ergebnisse, die für Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) kein "Grund zur Freude", sondern Handlungsauftrag an die Regierung sind, den Weg zur Klimaneutralität bis 2040 weiterzugehen.

"COIN" steht für "Cost of Inaction" also für "Kosten des Nicht-Handelns". Leitender Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger, nannte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher mit steigender Tendenz - wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds. Gewessler warnte, dass die jährlichen Schäden laut Studie bis ins Jahr 2050 auf zwölf Milliarden Euro anwachsen werden.

Doch der Mittelpunkt der Präsentation war die Gegenwart, in der wir durch die Coronapandemie gelernt hätten, "wie sich eine Krise anfühlt", so Gewessler - diese Zäsur müsse jetzt genutzt werden: "Wir haben gelernt, dass schnelles Handeln wirkt", ergänzte Studienautor Steininger, "bei der Klimakrise manifestieren sich die Schäden zwar langsamer, aber sind dafür anhaltender". Und diesen Schäden muss in Form von Anpassungsmaßnahmen begegnet werden, die wiederum eine Milliarde Kosten verursachen.

Um das "Verharren im fossilen System" zu Beenden, müsste eine CO<sub>2</sub>-Steuer in Form einer Emissionsbepreisung oder eine ökosoziale Steuerreform real werden - beides fehlt in Österreich aber noch. Jedoch würde hier das "noch" zu betonen sein, kündigte Gewessler an: Dass laut der

Studie jährlich vier Milliarden für klimaschädliche Subventionen ausgegeben werden, soll bald Vergangenheit sein: Es werde bereits an der ökosozialen Steuerreform gearbeitet, mit dieser soll umweltfreundliches Verhalten in Zukunft günstiger werden und bereits kommendes Jahr sollen für die Umwelt "kontraproduktive" Anreize dann wegfallen.

"Es geht auch weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende", sagte Gewessler und die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiter zu gehen. Noch in diesem Sommer soll zudem das Erneuerbaren Ausbaugesetz (EAG) in Begutachtung gehen.

Greenpeace wünschte sich in einer Reaktion auf die Studie, dass die ökosoziale Steuerreform vorgezogen werden sollte: "Eine Zukunft in der Klimakrise wird unbezahlbar - so wie eine Coronakrise, nur jedes Jahr und ohne Aussicht auf Heilung", so Jasmin Duregger, Klimaexpertin der NGO. "Mit zunehmendem Wissen, erwarten wir immer größere Schäden", hieß es von Global 2000, die ähnliche Forderung an die Regierung stellte und dazu noch "eine Klimamilliarde jedes Jahr und nicht nur für die Jahre 2021 und 2022" forderten.

"derstandard.at" gefunden am 25.06.2020 17:09 Uhr

# Nichthandeln in Klimakrise kostet Österreich heuer 15 Milliarden Euro

**Die Kosten steigen laut Wissenschaftlern deutlich. Sie empfehlen eine frühere Einführung der geplanten CO<sub>2</sub>-Bepreisung**



*Der Verkehrssektor ist in Österreich nach wie vor das Sorgenkind der Klimapolitik. Dort wird es viele Maßnahmen brauchen, um bis 2040 klimaneutral zu werden.*

Wien – Die Klimakrise kommt Österreich teuer zu stehen, die Gesamtkosten nehmen jährlich drastisch zu. So lassen sich die Hauptaspekte einer am Donnerstag präsentierten Studie grob zusammenfassen. Die Wissenschaftler des Wegener Centers für Klimaforschung, die die COIN-Studie – für "Cost of Inaction", also Kosten des Nichthandelns – erstellt haben, rechnen allein heuer mit Kosten von rund 15 Milliarden Euro.

Für die Studie wurden direkte und indirekte Folgekosten der Klimakrise analysiert, erklärt Co-Studienautor und Klimaökonom Karl Steininger bei einer Pressekonferenz. Derzeit sei allerdings nur etwa die Hälfte der Wirklichkeiten monetär bewertbar, so Klimafonds-Chef Ingmar Höbarth. Viele Schäden für Umwelt und Mensch – wie etwa die steigende Rate an Hitzetoten – können nur schwer mit einem Preisschild versehen werden. "Corona hat gezeigt, dass Zuwarten teuer kommt", sagte Steininger. Durch die Klimakrise würden sich Schäden zwar langsamer als bei Covid-19 manifestieren, seien aber größer.

**Kosten steigen stark**

Bereits vor fünf Jahren wurde eine ähnliche Studie präsentiert. Damals rechneten die Autoren noch damit, dass bis 2050 wetter- und klimawandelbedingte Schäden von bis zu 8,8 Milliarden Euro pro Jahr entstehen werden. Mittlerweile wurde die Rechnung inflationsbereinigt auf bis zu zwölf Milliarden nach oben korrigiert. Immerhin haben sich die jährlichen Kosten in dem Bereich seit 2015 bereits auf zwei Milliarden Euro verdoppelt. Hinzu kommen Kosten für Klimaanpassungsmaßnahmen, die von den Studienautoren heuer mit einer Milliarde Euro beziffert wurden.

Miteinberechnet wurden auch fossile Importe, die laut Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) zu einem Wertschöpfungsverlust von acht Milliarden Euro pro Jahr führen. Klimaschädliche Subventionen wurden mit rund vier Milliarden Euro beziffert, "ein großer Brocken", so Gewessler. Die letzte Summe bezieht sich nach wie vor nicht auf Angaben der Regierung, sondern auf eine Wifo-Studie, die vor einigen Jahren entstanden ist. Eine Liste der tatsächlichen klimaschädlichen Subventionen hätten Umwelt- und Finanzministerium bereits vor einem Jahr vorlegen müssen. Noch ist sie ausständig.

**"Kein Grund zur Freude"**

Die Ergebnisse der Studie würden jedenfalls "keinen Grund zur Freude" liefern, sagte die grüne Ministerin. Die Kosten des Nichthandelns seien "enorm". Sie verstehe die Studie als

"klaren Handlungsauftrag" an die Regierung. Dieser gab das Wegener Center gleich mehrere Empfehlungen mit: Neben dem Abbau klimaschädlicher Subventionen, sprechen sich die Autoren für eine frühere Einführung der geplanten CO<sub>2</sub>-Bepreisung aus. Diese würde schließlich vorübergehend auch dabei helfen, die durch Corona-Unterstützungsmaßnahmen stark belasteten öffentlichen Budgets zu sanieren. (lauf, 25.6.2020)

"wienerzeitung.at" gefunden am 25.06.2020 16:51 Uhr Von: Wiener Zeitung Online

## Abwarten beim Klimaschutz kostet 15 Milliarden Euro jährlich

**Die Ergebnisse der "Coin-Studie" des Wegener Centers sind für Klimaschutzministerin "kein Grund zur Freude", sondern ein klarer Handlungsauftrag.**



*Die Klimakrise bringt nicht nur mehr Trockenheit, die Schäden kosten auch viel Geld. © APA web/Robert Jäger*



15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen "Coin-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz. "Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.

Alleine die direkten Kosten von Klimaschäden haben sich seit 2015 verdoppelt

Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die direkten wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. Bei dieser Studie haben die Klimaökonominnen auch den Wertschöpfungsabfluss von acht Milliarden Euro für fossile Importe pro Jahr, vier Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen und eine Milliarde Euro an Anpassungskosten wie Hochwasserschutz berücksichtigt - in Summe sind das also 15 Milliarden Euro. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

Coin steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen. (apa, red)

"sn.at" gefunden am 25.06.2020 14:45 Uhr Von: Salzburger Nachrichten

## Klimaschutz-Abwarten kostet Österreich 15 Mrd. Euro im Jahr

**15 Milliarden Euro pro Jahr kostet Österreich die Untätigkeit beim Klimaschutz. Diese Summe findet sich in der aktuellen "COIN-Studie" des Wegener Centers der Uni Graz. "Es ist wichtig und gut, dass es die Studie gibt, aber kein Grund zur Freude", stellte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse fest und ortete einen klaren Handlungsauftrag.**

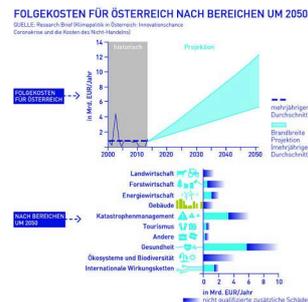
Leitender Autor Klimaökonom Karl Steininger führte Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, fossile Importe und umweltschädliche Subventionen als Kostenverursacher an, die in den kommenden Jahren immer höhere Kosten verursachen würden, wenn nichts unternommen werde, um die Klimakrise zu stoppen. So lagen etwa die Kosten für die wetter- und klimabedingte Schäden 2015, als die erste derartige Studie erstellt wurde, noch bei einer Milliarde Euro im Jahr, inzwischen sind es für 2020 bereits zwei geworden. "Das jetzige Ergebnis zeigt eindeutig, dass der Klimawandel zur Klimakrise geworden ist", sagte Ingmar Höbarth, Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds.

COIN steht dabei für "Cost of Inaction", zu Deutsch "Kosten des Nicht-Handelns" - um diese wieder zu minimieren, würde die Bundesregierung jedoch sehr wohl Handlungen setzen, sagte Gewessler: "Es geht weiter mit dem Ausbau erneuerbarer Energie, mit der Verkehrs- und Mobilitätswende". Die Klimakrise und ihre dramatischen Auswirkungen zu bekämpfen, sei auch ökonomisch vernünftig - und dazu müsse die "Zäsur durch die Coronakrise" genutzt werden. Der Weg zur Klimaneutralität im Jahr 2040 sei daher konsequent weiterzugehen.

"bmvit.at" gefunden am 25.06.2020 11:42 Uhr

# Was kostet uns die Klimakrise?

**Kosten des Nicht-Handelns betragen 15 Milliarden Euro – pro Jahr!**



Beim Thema Klimawandel und Klimaschutz werden gerne die Kosten wirksamer Klimaschutzmaßnahmen in den Vordergrund gerückt. Was dabei schnell in Vergessenheit gerät: Wenn wir nicht oder aber zu spät handeln, wird die Rechnung mit großer Sicherheit für uns und die gesamte Welt sehr viel teurer ausfallen. Klar ist nämlich, dass die Auswirkungen der Klimakrise – wie Dürren, Starkregen, Stürme und steigende Wasserpegel – zu erheblichen Wirtschaftseinbußen führen. Erst im vergangenen Jahr bezifferte eine Studie des britischen Marktforschungsinstituts

Economist Intelligence Unit die Folgekosten des Klimawandels für die weltweite Wirtschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts mit knapp acht Billionen Dollar (etwa 7,12 Billionen Euro).

Nun liefert eine aktuelle Studie valide Daten zu den durch die Klimakrise verursachten Kosten in Österreich und wieviel das Land durch ein Nicht-Handeln beim Klimaschutz und eine fortdauernde Bindung an fossile Energieträger jährlich bezahlen muss. Allein im Jahr 2020 werden sich diese Kosten auf 15 Milliarden Euro belaufen, die durch fossiles Wirtschaften und die Auswirkungen des Klimawandels sowohl die heimische Wirtschaft, als auch die Gesundheit der Menschen und in wesentlichen Teilen auch direkt das öffentliche Budget immens belasten. (Eine Aufgliederung der Kosten gibt es weiter unten)

**Enorme Kosten für die Gesellschaft**

In wenigen Jahren könnte diese Summe auf jährlich 20 Milliarden steigen. Das zeigt eine aktuelle Analyse der Universität Graz und der Medizinischen Universität Wien, die im Auftrag des Klima- und Energiefonds und durch die Finanzierung des Klimaschutzministeriums (BMK) zustande gekommen ist. Verursacht werden diese Kosten demnach durch Wertschöpfungsverluste für fossile Importe und umweltschädliche Förderungen. Aber auch wetter- und klimabedingte Schäden sowie Kosten für die Anpassung an den Klimawandel belasten das öffentliche Budget. Schadens- und Anpassungskosten, so die Autorinnen und Autoren, werden in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Sie fordern daher rasches Handeln und sehen auch in der Coronakrise eine Chance – nämlich für klimagerechte Innovationen.

„Die Wissenschaft macht einmal mehr deutlich: Schon jetzt verursachen das Festhalten an fossilen Systemen und die Klimakrise enorme Kosten für die Gesellschaft. Wir setzen daher unsere Klima- und Energieziele konsequent um und lenken Konjunkturmaßnahmen in nachhaltige Investitionen für den Standort Österreich. Der Klima- und Energiefonds ist dabei mit seinen Programmen ein wichtiger Partner“, so Klimaschutzministerin Leonore Gewessler.

Die Klima- und Energiefonds Co-Geschäftsführer Theresia Vogel und Ingmar Höbarth sehen sich durch die Analyse in der Programmstrategie des Klima- und Energiefonds bestätigt: „Die Klimakrise verlangt Tempo und Maßnahmen auf allen Ebenen. Es braucht Forschung und Innovation zur Standortsicherung, regionale Anpassung an den Klimawandel, konsequente Maßnahmen zur Energieeffizienz und erneuerbare Energien müssen rasch ausgerollt werden.“

Die zentralen Ergebnisse der am heutigen Donnerstag im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierten Analyse „Klimapolitik in Österreich: Innovationschance Corona-Krise und Kosten des Nicht-Handelns“ fasst der leitende Autor Karl Steininger wie folgt zusammen: „Aus der Coronakrise wissen wir, dass rechtzeitiges Handeln unabdingbar ist, um absehbar dramatische Folgen zu vermeiden. Die direkten Schäden, die mit einem weiter ansteigenden Klimawandel verbunden sind, manifestieren sich zwar langsamer als jene dieser Pandemie, sind aber massiver und viel länger anhaltend. Die indirekten Folgekosten eines klimapolitischen Nicht-Handelns sind noch umfassender und auch unmittelbarer spürbar: Wertschöpfungsverluste durch mangelnde Innovation, durch fossile Importe und durch umweltschädliche Unterstützungsmaßnahmen. Die Covid-19-Krise schafft eine einzigartige Chance, staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen zu setzen.“

Der wirtschaftliche Einbruch infolge der Coronakrise ist nach wie vor gravierend und übertrifft jenen der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich. Die Studie betont deshalb auch die Notwendigkeit einer Stimulierung der Nachfrage durch die öffentliche Hand. Investitionen in den Klimaschutz wirkten derzeit doppelt: für die regionale Wirtschaft und Arbeitsplätze sowie für unser Klima.

Mit-Autorin Nina Knittel weist auf die Besonderheiten dieser Situation hin: „Die Covid-19-Krise verdeutlicht wie vulnerabel ökonomische und soziale Systeme gegenüber großflächigen Ausfällen sind. Als kleine offene Volkswirtschaft ist Österreich besonders abhängig von verlässlichen Importzulieferern als auch kaufkräftigen Exportabnehmern. Ein Festhalten an einer fossilen Wirtschaftsstruktur würde Österreichs Wettbewerbsfähigkeit senken, und Klimawandelschäden im Ausland manifestieren sich über Österreichs Außenhandelsbeziehungen mit zumindest 1,5 bis 2 Milliarden Euro jährlichen Schäden für Österreichs Wirtschaft.“

#### Kernaussagen der Studie

Die Folgekosten durch Nicht-Handeln wären enorm – Wie sich die Corona-Krise als Chance für klimagerechte Innovation nutzen lässt.

Die Covid-19-Krise schafft eine einzigartige Chance, staatliche Politik zugunsten nachhaltig gesunder Strukturen zu setzen – und dies zu geringeren finanziellen, sozialen und politischen Kosten, als das wohl je sonst möglich gewesen wäre. Fossile Energiepreise auf einem Niedrigst-Niveau erleichtern den Abbau umweltschädlicher Subventionen, aber auch eine frühere Einführung der geplanten CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Vorübergehend könnte letztere auch helfen, die durch die Corona-Unterstützungsmaßnahmen stark belasteten öffentlichen Budgets zu sanieren.

Die direkten Kosten durch Nicht-Handeln in der Klimapolitik sind bereits heute beträchtlich und werden zukünftig markant ansteigen – Ein Kurswechsel ist gefragter denn je!

Durch fossile Importe entstehen Wertschöpfungsabflüsse ans Ausland in Höhe von rund acht Milliarden Euro jährlich, umweltschädliche Förderungen kosten das öffentliche Budget rund vier Milliarden Euro jährlich, für Klimawandelanpassung wird von öffentlicher Seite rund eine Milliarde Euro jährlich ausgegeben, wetter- und klimabedingte Schäden liegen aktuell bei zumindest zwei Milliarden Euro im Jahresschnitt. Letztere werden auf zumindest rund sechs bis zwölf Milliarden

Euro bis Mitte des Jahrhunderts ansteigen – jeweils im Jahresschnitt. Da die Schäden in der Realität regional und zeitlich stark variieren können (Hochwasser findet nicht in jedem Jahr statt, wenn es jedoch eine Region trifft, sind die Schäden sehr hoch), werden unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft und Wirtschaft nicht nur sehr unterschiedlich betroffen sein, sondern in einzelnen Jahren auch weit stärker. Die Berechnung dieser Summe ist darüber hinaus als sehr konservativ zu bewerten. Mehr als die Hälfte der potenziellen Wirkungsketten konnte nicht monetär bewertet werden.